

3 Die Kurdenfrage im Irak vor 2003

Wenn der Versuch unternommen wird, die Geschichte der Kurdenfrage, des Irak und – bis zu einem gewissen Grad – des Nahen Ostens zu verstehen, ist eine Rückschau auf das gesamte 20. Jahrhundert notwendig. Ein Blick auf Abbildung 4 zeigt, dass das Osmanische Reich zu Beginn des Jahres 1914 immer noch über den heutigen Irak herrschte. Das Land bestand zu dieser Zeit, nach einer Verwaltungsreform der Osmanen ab 1879, aus den drei *Vilâyet*s, also den Provinzen Mossul, Bagdad und Basra (Fürtig 2016, 15). Die meisten Kurden des Landes lebten in der damaligen Provinz Mossul und wurden später Teil des neu gegründeten Staates Irak. In diesem Kapitel wird auf die Entstehungsgeschichte des Irak und die unterschiedlichen kurdischen Bewegungen, Strömungen sowie Selbstverwaltungen im Irak bis zum Ende des Jahres 2002 eingegangen.

Abbildung 4: Naher Osten und Nordafrika um das Jahr 1914



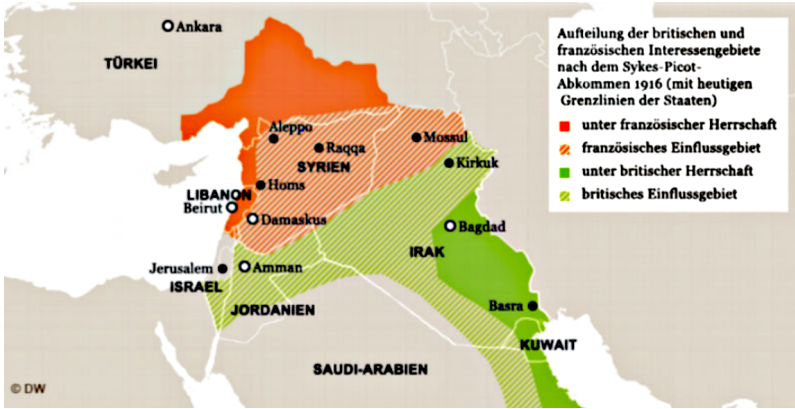
Quelle: "What the Middle East looked like in 1914" (2020)

Im kollektiven Gedächtnis der Kurden im Irak spielt insbesondere die geheime Übereinkunft zwischen dem britischen Diplomaten Sir Mark Sykes und dem französischen Diplomaten Charles François Georges Picot im Jahr 1916 eine negative Rolle. Belege hierfür lassen sich in grosser Zahl anführen: «Ohne Zweifel sind die Kurden als altes Volk in der Region und die ARK als Teil dieser grossen Nation namens Kurdistan, die seit dem Sykes-Picot-Abkommen auf vier Länder aufgeteilt wurde, in der Lage, einen unabhängigen Staat zu gründen, wie alle anderen Nationen und Völker in der Region», so Salahadin Bahadin, Chef der Islamischen Union Kurdistan (IUK) (siehe Anhang 5). Dr. Kawe Mahmud, Vorsitzender der Kommunistischen Partei Kurdistan (KPK) und Soziologe, ist ebenfalls der Ansicht, dass der Ausgangspunkt für das Leiden der Kurden im Irak in der erwähnten Übereinkunft liegt: «Was wir als Erstes erwähnen sollten, ist der hundertjährige Kampf und die Opferbereitschaft der Kurden in Süd-Kurdistan für ihre Rechte, nach dem Sykes-Picot-Abkommen bis heute» (siehe Anhang 6). Der Chef der DPK, Masud Barzani, erklärte im Mai 2016 zum 100-jährigen Abschluss des Sykes-Picot-Abkommens, «dass die Gültigkeit des Abkommens vorüber sei und dass die Hoheit der staatlichen Grenzen keine Bedeutung mehr geniesse» (Xebat, 17. 05.2016, 5034, 1). Zum gleichen Ereignis wurde ein Sammelband mit Beiträgen von über 50 namhaften kurdischen Intellektuellen, Politikern und Journalisten herausgegeben (Naqshy 2016). Maurus Reinkowski beschrieb im Jahr 2016 in einem Interview mit der Deutschen Welle den Einflussbereich des Abkommens zutreffend wie folgt:

«Der Grund, warum Sykes-Picot heute so im Vordergrund steht, ist die Geschichte seiner Enthüllung. Nach der bolschewistischen Revolution in Russland veröffentlichte der damalige Kommissar für auswärtige Angelegenheiten, Leo Trotzki, dieses Abkommen als besonderes Beispiel für die Treulosigkeit der Entente-Mächte und für ihre rein imperialistischen Absichten. Auch die zum Abkommen gehörende Karte zeigt sehr bildhaft die imperialistischen Denkweisen. Man zieht eine lange Linie über hunderte von Kilometern, von Haifa bis nach Kirkuk» (Noll 2016).

Das Abkommen wurde geheim gehalten, weil eine Offenlegung den Bruch der Briten und Franzosen mit ihren Verbündeten – mehrheitlich arabischen Akteuren – im Kampf gegen das Osmanische Reich bedeutet hätte. Denn sie hatten diesen versprochen, sie nicht nur zu befreien, sondern ihnen auch die Gründung neuer und souveräner Staaten zu ermöglichen.

Abbildung 5: Das Sykes-Picot-Abkommen vom 16. Mai 1916



Quelle: Noll (2016)

Im Jahr 1918 begann jedoch die Glaubwürdigkeit Grossbritanniens im Gebiet des heutigen Irak nicht nur bei den Einheimischen, sondern auch bei den Franzosen zu schrumpfen. Denn die Briten besetzten Anfang November 1918, im Widerspruch zum Waffenstillstand von Mudros und zum Sykes-Picot-Abkommen, Mossul (Fürting 2016, 18–19; Strohmeier & Yalçin-Heckmann 2017, 125). Mit der Deklaration vom 7. November 1918, in der es hiess, das Ziel sei die Befreiung der Völker vom Osmanischen Reich und die Einsetzung nationaler und demokratischer Regierungen und Verwaltungen (Anglo-French Declaration 1918), versuchten Grossbritannien und Frankreich nicht nur eine gewisse Einigkeit zu demonstrieren, sondern die Unterstützung der Weltgemeinschaft und der ansässigen Volksgruppen für ihre Mandate, also unter anderem für den «Irak» bzw. für «Syrien», zu sichern. Diese erhielten sie mit der Resolution von San Remo am 25. April 1920: «Irak» und «Palästina» gingen an Grossbritannien, während Frankreich «Syrien» und «Libanon» zugesprochen bekam (San Remo Conference 1920). Damit setzte sich vor allem die Idee des Zivilverwalters in Bagdad, des Hochkommissars Sir Arnold Wilson, durch, der die Iraker für unfähig hielt, einen eigenen Staat zu führen (Fürting 2016, 21 ff.).

Der Widerstand der schiitischen und sunnitischen Stämme gegen die britische Herrschaft im Irak breitete sich allerdings zunehmend aus. Insbesondere die Schiiten und ihre geistlichen Führer unternahmen viele Aktivitäten gegen die Londoner Verwaltung im Irak ab 1918 (Fürting 2016, 21–22;

Hafid 2006, 47). Die *Fatwas* (islamische Rechtsgutachten) von Scheich M. T. al-Shirazi im Jahr 1920, in denen er die britische Verwaltung für unrechtmässig erklärte und die Iraker verpflichtete, ihre Rechte einzufordern, halfen bei der schnellen Ausweitung der Revolte gegen die Briten im Irak. Damit wurde der Widerstand zur Pflicht gemacht und den Irakern untersagt, für die Briten zu arbeiten. Die Unruhen im noch nicht offiziell gegründeten Staat Irak waren auch in den kurdischen Gebieten zu beobachten.

Dort nahm nach dem Untergang der kurdischen Fürstentümer, unter anderem Baban und Soran, ab der Mitte des 19. Jahrhunderts die Bedeutung religiöser Führer (Scheichs) zu. Die einflussreichsten von ihnen waren die Anführer der unter sich konkurrierenden Sufi-Orden, auch als *Tariqat* («spirituelle Wege») bekannt, Qadiriya und Nakschbandiya. Die kurdischen Stammesführer besaßen aufgrund der vorherrschenden tribalen Strukturen ebenfalls grossen Einfluss. So gab es im Grossraum Sulaimaniya mit Scheich Mahmud Barzanji, dem Enkelsohn von Scheich Ahmed, dem geistlichen Führer der Qadiriya, einen einflussreichen Geistlichen und Stammesführer, der nach dem mysteriösen Tod seines Vaters Scheich Saed und seines Bruders Scheich Ahmed im Jahr 1908 im Raum Mossul nicht nur den Qadiriya-*Tariqat*, sondern auch einen kurdischen Aufstand gegen die britische Herrschaft ab dem Jahr 1919 anführte (Ali 2013, 180). Gleichzeitig kam es zu Beginn des 20. Jahrhunderts im Grossraum Mossul zu einer Rebellion der Barzanis⁸ unter der Führung von Scheich Abdulsalam Barza-

8 Barzan ist ein Dorf, etwa 54 Kilometer nördlich von Akre und südlich der türkischen Grenze in den schwer zugänglichen Bergen gelegen. Die Barzani-Scheichs werden nach diesem Dorf benannt, weil es von Anfang an ihr Zentrum darstellte. Scheich Abdulsalam Barzani I. wurde zu Beginn des 19. Jahrhunderts von Mawlana Khaled, dem geistlichen Anführer der Nakschbandiya, zu seinem geistlichen Vertreter ernannt (Barzani 1998, 16). Dadurch wurde er zum Anführer der Nakschbandiya in der Region und nahm sowohl religiös als auch tribal vermehrt Einfluss. Unter Scheich Abdulsalam II. konnte der Einflussbereich der Barzanis weiter ausgeweitet werden. Einer der Gründe für ihre schnelle Ausbreitung war das egalitäre Prinzip von Scheich Abdulsalam II. So durften nicht nur Scheichs und Stammesführer, sondern auch einfache Leute, die sich den Barzanis anschlossen, den Titel «Barzani» verwenden (Sajjady 2017, 129). Nachdem Scheich Abdulsalam II. Ende 1914 seitens der Osmanen in Mossul zum Tode verurteilt wurde, übernahm sein jüngerer Bruder, Scheich Ahmed, im Alter von 18 Jahren die Führung der Barzani (Barzani 1998, 20). Seine Rebellion richtete sich ab 1919 gegen die Briten und die mit ihnen verbündeten Stämme und Gruppierungen (mehr dazu weiter unten in diesem Kapitel). Zu den Barzanis zählten mittlerweile über 400 Dörfer und mehr als 35 000 Menschen (ebd., 17).

ni II., die sich gegen das Osmanische Reich und die mit ihm verbündeten Stämme und Gruppen richtete (Barzani 1998, 16 ff.; Jwaideh 2006, 111 ff.).

Zwischen 1919 und 1931 war es jedoch hauptsächlich Scheich Mahmud, der sich mehrmals gegen die britische und irakische Verwaltung auflehnte. Erfahrungen im Kampf gegen die britischen Kräfte sammelte er bereits im Jahr 1915 im Süden des Irak, im Zuge des Kampfes um Shu'aiba an der Seite osmanischer Truppen (Khwaja 2016, 34 ff.). Im Jahr 1916 nahm er auch an Gefechten gegen russische Einheiten an der heutigen irakisch-iranischen Grenze teil (ebd., 33–34; Sajjady 2017, 73). An die Briten wandte sich Scheich Mahmud im Jahr 1918 mit einem Brief, der wie folgt formuliert wurde: «Die Zeit hat euch erfolgreich in die Heimat der Kurden, welche Kurdistan ist, geführt. Die Kurden haben nichts Gutes von den Osmanen gesehen. [...] Ich hoffe, dass ihr den Kurden ihre Rechte gebt. Lasst nicht zu, dass die Kurden mit Waffen für ihre Rechte kämpfen und sich durchsetzen» (Khwaja 2016, 40–41). Zu dieser Zeit war Scheich Mahmud auf Befehl von Ali Ihsan Pascha, dem Kommandanten der osmanischen Truppen in Mossul, der Verwalter von Sulaimaniya.

Am 17. November 1918 erklärte Major Noel als Gesandter der britischen Verwaltung im Irak in Sulaimaniya Scheich Mahmud zum «Verwalter von Kurdistan» (Hilmy 2003, 46; Khwaja 2016, 43–44). Bedeutende Posten in der Verwaltung erhielten Scheich Mahmuds Familie und Verwandte sowie Stammes- und *Tariqat*-Angehörige (Hilmy 2003, 47). Major Noel wurde zum politischen Verwalter ernannt, und die Briten stellten ausreichende finanzielle Mittel für die Administrationsführung zur Verfügung (ebd.). Scheich Mahmuds Ziel war jedoch nicht nur die Herrschaft über Sulaimaniya, sondern diejenige über die meisten von Kurden besiedelten Gebiete im Irak (Khwaja 2016, 46). Der britische Zivilverwalter in Bagdad, Wilson, machte ihm Hoffnung auf das Erreichen seines Zieles, indem er Anfang Dezember 1918 in Sulaimaniya bekannt gab, dass alle kurdischen Stämme vom «Grossen Zab» bis zum «Diyala-(Sirwan-)Fluss» die Wahl hätten, freiwillig unter die Herrschaft von Scheich Mahmud zu treten, die von den Briten moralisch unterstützt werde (Ali 2013, 182; Jwaideh 2006, 167).

Die Forderung Scheich Mahmuds an die Briten, dass ein unabhängiger kurdischer Staat unter seiner Führung und unter britischer Schutzherrschaft ohne jegliche Verpflichtung gegenüber Bagdad gegründet werden sollte, brachte London allerdings dazu, seine Ambitionen zu unterbinden (Al-Bayaty 2007, 121–122). So versuchte Grossbritannien unter anderem durch die Ersetzung von Major Noel durch Major Soane im März 1919, dem Herrschaftsanspruch Scheich Mahmuds Grenzen zu setzen (Hafid

2006, 51 ff.; Hilmy 2003, 62 ff.; Khwaja 2016, 54 ff.). Scheich Mahmud erklärte schliesslich am 21. Mai 1919 den Briten den Krieg, nachdem Major Soane befohlen hatte, die Truppen von Mahmud Khany Dzly, die aus Iran kamen und von Scheich Mahmud nach Sulaimaniya eingeladen worden waren, anzugreifen (Khwaja 2016, 60 ff.). Am 18. Juni 1918 wurde Scheich Mahmud am Bazyan-Engpass nach einem Kampf mit den Briten unter ungleichen Kräfteverhältnissen verletzt festgenommen und nach Bagdad gebracht (Jwaideh 2006, 181). Später schickte ihn die britische Verwaltung ins Exil nach Indien, wo er bis 1922 bleiben sollte. Die Beziehungen zwischen den Briten und den Kurden zerbrachen allerdings nicht vollständig, weil verschiedene kurdische Persönlichkeiten, Intellektuelle, Offiziere, Stämme und Verwalter, die nicht auf der Seite von Scheich Mahmud standen, immer noch mit den Briten in Kontakt standen und in Abwesenheit Scheich Mahmuds auf eine Zunahme ihres Einflussbereiches hofften (Abdullah 2006, 22 ff.; Mala Izzat 2006, 94 ff.; Talabani 1970, 127 ff.).

Scheich Mahmuds Aufstand gegen die Briten kann kaum als Beginn des kurdischen Nationalismus im Irak angesehen werden, weil er nicht nur über ein kleines Gebiet herrschte und viele Stämme, Intellektuelle, Offiziere und Angehörige des Nakschbandiya-*Tariqat* als Rivalen hatte (Salih 2006a, 90), sondern auch – wie sein Begleiter Hilmy beschrieb – über keinen Plan für die Regierungsführung verfügte. Nur die engsten Familien- und Stammesmitglieder hatten die zentralen Verwaltungspositionen inne, nicht aber die geeignetsten Personen (Hilmy 2003, 61 ff.). Seine Forderungen und Kontaktaufnahmen mit den Kurden in Iran (Salih 2016), in der Türkei sowie mit Sherif Pascha und seine Briefe an den Völkerbund, in denen er forderte, den Kurden ihre Rechte zuzusprechen, zeigen allerdings, dass er kurdisch-nationalistischer Gesinnung war (Ali 2013, 187; Hafid 2006, 43–45; Jwaideh 2006, 181 ff.). Da er jedoch kurzfristig nicht mehr auf der politischen Bühne stand, konnte Scheich Mahmud nicht miterleben, wie im Vertrag von Sèvres in den Artikeln 62–64 ein Staat für die Kurden im heutigen Südosten der Türkei in Aussicht gestellt wurde. Der Vertrag von Lausanne vom 24. Juli 1923 ersetzte dann allerdings den Vertrag von Sèvres, ohne dessen Artikel 62–64 wieder aufzugreifen (Carnegie Endowment for International Peace 1924).

Abbildung 6: Die kurdischen Siedlungsgebiete und Forderungen im 20. Jahrhundert



Quelle: Where the Kurds are and what Kurdistan might look like (2020) und eigene Darstellung

3.1 Die Kurdenfrage von der Gründung des Irak bis zum Jahr 1958

Die kurdischen Aufstände gegen die Briten nahmen mit der Verbannung von Scheich Mahmud nicht ab. So begannen die Scheich-Mahmud-Loyalisten ab 1919 punktuelle Revolten gegen die britische Verwaltung im Grossraum Sulaimaniya und in Kifry. Diese führten dazu, dass mehrere britische Offiziere getötet wurden (Hilmy 2003, 172 ff.; Khwaja 2016, 110). Zudem beschlossen die Stammesführer der Zebari und Surchy, den britischen Verwalter von Mossul zu ermorden, nachdem er bei einer Reise in ihre und in Barzani-Gebiete die Stammesführer und Scheich Ahmed Barzani bedroht und die Steuern erhöht hatte. Er wurde mit seinen Begleitern am 14. November 1919 getötet (Barzani 1998, 23). Wie bereits erwähnt, nahmen auch im restlichen Teil des Irak die antibritischen Ressentiments und Revolten zu. Zu erwähnen ist allerdings, dass die meisten Aufstände sowohl in den kurdischen Gebieten als auch im Mittel- und Südirak von 1919 bis 1922 von

den Stämmen und deren Stammesführern sowie den geistlichen Führern ausgingen (Hilmy 2003, 172 ff.). Die wenigsten Einwohner der Städte nahmen an den Kämpfen teil, weil sie entweder probritisch, Handelsleute oder der Ansicht waren, ihre Anliegen ohne Anwendung von Gewalt verfolgen zu können (Al-Bayaty 2007, 173; Ali 2013, 194 ff.; Kadhim 2012, 6).

Nachdem die Briten einen verlustreichen Kampf gegen die Aufständischen im Mittel- und Südirak geführt hatten, entschieden sie sich, von der Idee der direkten Verwaltung des Irak Abstand zu nehmen (Rasul 2012, 107–108). So wurde am 25. Oktober 1920 eine Übergangsregierung unter der Führung von Abd al-Rahman al-Naqib – ohne kurdische Vertreter – gegründet (Harb 2020). Die Briten behielten aber die Kontrolle über die kurdischen Gebiete. Dies gilt auch für die Zeit nach der Gründung des <Haschemitischen Königreichs Irak> am 23. August 1921. An der Konferenz von Kairo – mit Vertretern der irakischen Regierung, jedoch ohne kurdische Beteiligung – vom 12. bis zum 31. März 1921 wurde die Zukunft des Irak besiegelt. Dabei entschieden die Briten, Faisal, den dritten Sohn von Sharif Hussein ibn Ali, zum König des Irak zu krönen. Faisal, der im Exil lebte, nachdem ihn die Franzosen im Juli 1920 als König von Syrien abgesetzt hatten (Pećinar 2021), musste allerdings die britische Verwaltung des Irak als Mandat des Völkerbundes anerkennen.

Auf der erwähnten Konferenz in Kairo wurde am 15. März 1921 die Kurdenfrage diskutiert. Dabei waren sich die Briten nicht einig, wie sie mit ihr umgehen sollten. Einige wollten, dass die Kurden eine eigene Regierung unter britischem Mandat bekämen. Andere wiederum, wie der neue britische Verwalter des Irak, Percy Cox, waren der Ansicht, dass die kurdischen Gebiete im Irak regulärer Teil des Landes sein sollten und eine Lösung für die Kurdenfrage im Rahmen des Staates Irak gefunden werden müsse (Al-Bayaty 2007, 181 ff.). Am Ende setzte sich die Idee von Cox durch, und es wurde entschieden, dass die Kurdengebiete im Irak Teil des <Haschemitischen Königreichs Irak> werden sollten. Die Briten behielten sich allerdings vor, eine direkte Kontrolle über die kurdischen Gebiete auszuüben. Um die Kurden davon zu überzeugen, dass ihre Frage im Irak ernsthaft gelöst werde, versprach Cox am 6. Mai 1921, er werde für die Gründung einer Provinz für die Kurden in Mossul – bestehend aus den Gemeinden Dohuk, Akre, Zaxo und Amedy, mit Dohuk als Zentrum – sorgen. In Erbil, Koya und Rawanduz würden britische Offiziere angestellt, und für die Verwaltung der Region solle dann die Bevölkerung geeignete Personen wählen. Zudem werde Sulaimaniya aus einer Verwaltungseinheit bestehen, die von einem gewählten Gouverneur mit einem britischen Berater regiert werde,

so Cox weiter. Den Vorschlag lehnte nur Sulaimaniya ab, während andere kurdische Gebiete die Idee freudig begrüßten (Al-Bayaty 2007, 185; Ali 2005, 11–12).

So entwickelte sich die Stadt Sulaimaniya auch nach der Verbannung von Scheich Mahmud zu einem bedeutenden Zentrum der kurdischen Bewegungen im Irak. Dazu trug – bewusst oder unbewusst – auch der britische Verwalter von Sulaimaniya, Major Soane, bei. Er hatte dort nach seiner Ankunft die erste Druckerei eröffnet und damit die kurdische Sprache, Kultur, Schrift und damit auch die nationalistische Gesinnung gefördert. Soane beherrschte nicht nur die kurdische Sprache, sondern kannte auch die kurdische Mentalität und die kurdischen Stämme sehr gut (Abdullah 2007, 19 ff.; Amin 2013a, 158 ff.). Auch die erste Zeitung in allen kurdischen Gebieten im Irak namens «Peshkawten» («Fortschritt») gab er mit der Unterstützung kurdischer Intellektueller in Sulaimaniya heraus.⁹ Von da an hatten im Laufe der kurdischen Geschichte im Irak alle wichtigen kurdischen Bewegungen, Parteien und Organisationen eine eigene Zeitung, um auf ihre Anliegen, Forderungen und ihre Politik aufmerksam zu machen. So gründeten die kurdischen Intellektuellen und Offiziere in Sulaimaniya am 21. Juli 1922 eine Organisation namens *Jam'iaty Kurdistan* («Gemeinschaft Kurdistans») und gaben die Tageszeitung «Bangî Kurdistan» («Ruf Kurdistans») in kurdischer, persischer und türkischer Sprache heraus (Hilmy 2003, 306). Ihr Ziel war die Stärkung der kurdischen Sprache, Kultur, Intellektualität sowie des sozialen und gesellschaftlichen Fortschrittes (Ali 2013, 196 ff.). Auf kurdisch-nationalistischer Ebene wollte die Organisation mit der Unterstützung Grossbritanniens die Unabhängigkeit des kurdischen Teils des Irak erreichen (ebd., 197). Damit stand sie jener kurdisch-konservativ-religiösen Fraktion gegenüber, die protürkisch war und sich gegen die Briten auflehnte (Hilmy 2003, 304–305). Der Chef von *Jam'iaty Kurdistan* war Mustafa Pascha Yamulky; Mitglieder waren unter anderem Rafiq Hilmy und sechs weitere Personen (Hilmy 2003, 305).

Auch bei der Suche der britischen Verwaltung nach einer geeigneten Lösung für die Kurdengebiete warteten die kurdischen Intellektuellen und Offiziere, die sich eine moderne und demokratische Entscheidungsfindung und Gesellschaft wünschten, mit Lösungsvorschlägen auf. So schlug Taufiq Wahby am 15. Juni 1922 vor, eine Verwaltungseinheit einzurichten und

⁹ Krankheitsbedingt kehrte Soane allerdings früh nach Grossbritannien zurück und starb 1923. Auch viele andere wichtige britische Offiziere im Nahen Osten starben zwischen 1915 und 1935 (Satia 2008, 332).

unter deren Aufsicht einen neuen Verwalter für die kurdischen Gebiete wählen zu lassen. Als beste Lösung für die Kurdenfrage im Irak sah er eine Dezentralisierung an (Sharif 2006, 57). Die Briten hatten allerdings längst entschieden, Scheich Mahmud aus dem indischen Exil zurückzuholen und ihn wieder zum Verwalter von Sulaimaniya zu machen. Die Stadt Sulaimaniya verliessen sie jedoch infolge des zu hohen Drucks der türkischen und der mit ihnen verbündeten kurdischen Truppen am 5. September 1922. Aus diesem Grund beschlossen die kurdischen Intellektuellen und Nationalisten unter der Führung von Scheich Qader, dem Bruder von Scheich Mahmud, trotz aller Widrigkeiten eine lokale Regierung für die Verwaltung der Stadt und deren Schutz vor protürkischen Gruppierungen zu gründen (Hilmy 2003, 315–316). Diese lokale Regierung traf dann alle Massnahmen, um Scheich Mahmud, der sich seit mehr als acht Monaten in Kuwait befand, ehrenhaft empfangen zu können. Scheich Mahmud kam am 30. September 1922 in Sulaimaniya an, nachdem er am 12. September nach Bagdad gelangt war (Sharif 2006, 60). Bei seiner Ankunft hielt er eine Rede für die Menschen, die ihn empfangen. Darin sagte er:

«Meine Brüder, aus Liebe zu meinem Volk und zu meiner Heimat habe ich gekämpft und Auseinandersetzungen gehabt. Verletzt und fast ertrunken, wurde ich nach Indien in die Fremde gebracht. Das hat mir nicht wehgetan, weil ich das für die Freiheit und den Stolz meines Volkes gemacht habe. Nun bin ich zurück und bin bei euch. Glaubt mir: Ich werde nie aufgeben, bis wir unsere Freiheit erlangt haben. Ich werde auf diesem Wege weitermachen. Wenn wir unsere Rechte nicht bekommen, werden wir uns opfern, damit wir sie erhalten. Nun bedanke ich mich für eure Treue, Gott sei mit euch und geht, ruht euch aus» (Khwaja 2016, 124–125).

Scheich Mahmud machte deutlich, dass er kaum an die Versprechungen Grossbritanniens und der irakischen Regierung glaubte, wenn er sagte, dass er bereit sei, sich zu opfern, wenn die Kurden ihre Freiheit nicht bekämen. Eine neue Verwaltung richtete er am 10. Oktober 1922 ein. Seine Regierung, die aus sechs Ministern bestand, wurde von seinem Bruder Qader geführt, der gleichzeitig der Chef des Generalstabes war (Hilmy 2003, 327–28; Khwaja 2016, 134; Sajjady 2017, 84–85; Talabani 1970, 135). In einer langen Rede betonte Scheich Mahmud zudem, wie die Kurden seitens der Türken und der Briten für deren eigene Zwecke manipuliert worden seien (Khwaja 2016, 134 ff.). Dieses Statement und weitere Verordnungen von Scheich Mahmud kritisiert Hilmy, weil sie seiner Ansicht nach keine dienli-

che Grundlage für eine gesunde Verwaltungsführung waren (Hilmy 2003, 329 ff.). Es ist tatsächlich bemerkenswert, dass Scheich Mahmud seine erste Rede als Oberhaupt eines Teils der kurdischen Gebiete im Irak mit einer harschen Kritik an den Briten eröffnete, obwohl sie ihn nach Sulaimaniya zurückgebracht hatten, um erneut eine Verwaltung für ihn aufzubauen. Dass die britische Regierung damit auch eigene Ziele verfolgte, kann kaum bezweifelt werden: Mit diesem Schritt übten sie nicht nur Druck auf die arabischen Nationalisten in Bagdad aus, sondern punkteten auch gegen die Türken im Kampf um die Einflussnahme auf die Kurden, unter anderem auch im Hinblick auf die noch nicht gelöste Mossulfrage.

Um zu unterstreichen, dass sie die Kurden im neuen Irak integrieren und ihnen ihre Rechte geben wollten, gaben die Briten und die irakische Regierung gemeinsam am 24. Dezember 1922 bekannt, dass sie bereit seien, eine kurdische Verwaltung – die von den Kurden selbst bestimmt werden könne – anzuerkennen. Zu diesem Zweck sollten die Kurden eine Delegation nach Bagdad für Gespräche mit der irakischen Regierung und der britischen Verwaltung schicken (Ali 2005, 13). Das gemeinsame Statement kann in vielerlei Hinsicht interpretiert werden. Erstens deutet es darauf hin, dass die Briten und die Iraker Scheich Mahmud nicht als Vertreter aller Kurden im Irak ansahen, weil sie mit keinem Wort auf seine Verwaltung eingingen. Zweitens wussten die Briten, die seit Jahren ihre Spione in den kurdischen Gebieten hatten, sehr gut, dass die Struktur der kurdischen Gesellschaften hochkomplex war und es ihnen nie gelingen würde, sich auf eine einzige Person als Anführer zu einigen. Allein schon in der Stadt Sulaimaniya waren die Beziehungen der verschiedenen Gruppen (Kaufleute, Intellektuelle, Stammesführer, religiöse Persönlichkeiten usw.) zueinander in hohem Masse komplex und von gegenseitigen Abneigungen geprägt (Ahmed 2006).

Diese fragile Grundordnung des sozialen Zusammenhaltes der Kurden im Irak und die ständigen Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Gruppen führten schliesslich dazu, dass die protürkischen und religiösen Kräfte innerhalb der von Scheich Mahmud geführten Verwaltung die Oberhand gewannen und die Mitglieder der säkularen Fraktion zu Ungläubigen erklärten und verjagten. Dabei wurden nicht nur einige unter den Intellektuellen inhaftiert und mit Jamal Irfan eine bekannte Figur der Säkularisten getötet (Hilmy 2003, 348), sondern auch das Ziel der Briten, die Türken mithilfe von Scheich Mahmud aus Rawanduz und anderen Gebieten zu vertreiben, rückte in weite Ferne (ebd., 353). Taufiq Wahby, der eigentlich als Stellvertreter von Scheich Mahmud agieren sollte, konnte nur dank der Unterstützung von Hapsa Khani Naqib (der Ehefrau von

Scheich Qader) und Adela Khanem, der Anführerin des Jaff-Stammes, die den Briten nahestand, über Halabja nach Bagdad fliehen (Sharif 2006, 63 ff.). Die Einstellung der Administration Scheich Mahmuds selbst wurde zunehmend antibritisch. Wie der Brief von Scheich Mahmud an die Sowjetunion vom 20. Januar 1923 (Talabani 1970, 136–137) deutlich macht, hatte er keine Hoffnung mehr, dass die Briten etwas für ihn bewirken wollten (Hilmy, 352 ff.). Schliesslich führten die erneuten Kampfhandlungen zwischen Scheich Mahmuds Truppen und den britischen Einheiten zur Bombardierung von Sulaimaniya durch die britischen Luftstreitkräfte und zur Zerstörung grosser Teile der Stadt sowie zur Tötung unzähliger Zivilisten am 4. März 1923 (Sajjady 2017, 88; Talabani 1970, 138). Scheich Mahmud, der bereits zuvor mit seinen Anhängern die Stadt verlassen hatte, verlor damit erneut die von ihm aufgebauten Verwaltungsstrukturen.

Scheich Mahmud zog sich in die Berge von Surdash zurück und nahm die Druckerei mit, mit der zuletzt die Zeitung seiner zweiten Administration, «Rozhi Kurdistan» («Tag Kurdistans»), herausgegeben worden war (Amin 2013a, 159). Dort, in der Jasene-Höhle, publizierte er die Zeitung «Bangî Haq» («Ruf des Rechts»), die laut eigenen Angaben für militärische Anweisungen, die Stärkung der Moral der kurdischen Bevölkerung und die Fortdauer des Widerstandes gegen die fremden Mächte zuständig war (Ali 2013, 204). Damit wurde nicht nur zum ersten Mal in der Geschichte der kurdischen Bewegungen eine Zeitung in den Bergen herausgegeben und hergestellt, sondern sie diente zudem militärischen und taktischen Zwecken (ebd.). Die Stadt Sulaimaniya blieb wiederum ohne Verwaltung, nachdem sich die britischen Truppen am 17. Juni 1923 aus ihr zurückzogen (Salih 2006b, 156 ff.). Das gab Scheich Mahmud die Gelegenheit, am 11. Juli 1923 in die Stadt einzudringen. Am gleichen Tag entschied die irakische Regierung zur Beruhigung der Bevölkerung, dass sie die arabische Sprache den Menschen in den kurdischen Gemeinden nicht aufzwingen, keine arabischen Personen (ausser Experten) in den kurdischen Gebieten anstellen und die Rechte der Menschen sowie ihre religiösen Anschauungen akzeptieren werde (Sajjady 2017, 90; Salih 2006b, 158–59). Gleichzeitig gaben sowohl die britische Verwaltung im Irak als auch die britische Regierung bekannt, die Rechte der Kurden anerkennen zu wollen (Al-Bayaty 2007, 313). Des Weiteren war London dazu bereit, eine erneute Verwaltung von Scheich Mahmud über Sulaimaniya zu akzeptieren, wenn er seine Machtausübung auf die Stadt beschränkte (Salih 2006b, 159). Da aber Scheich Mahmud seinen Einflussbereich weiter ausweiten wollte, kam es erneut zu militärischen Konflikten zwischen ihm und den britischen

sowie zum ersten Mal auch den irakischen Kräften. Am 19. Juli 1924 eroberten britisch-irakische Truppen Sulaimaniya und beendeten damit die letzte Verwaltungsperiode unter Scheich Mahmud (Sajjady 2017, 92). Sulaimaniya ging nun endgültig in die Hände der irakischen Regierung über.

Das war allerdings nicht das Ende von Scheich Mahmud, der sich mit seinen Anhängern in Gebiete an der irakisch-iranischen Grenze zurückzog und weiterhin militärischen Druck auf Bagdad und die britischen Truppen ausübte. Um seinem Aufstand ein Ende zu setzen und seine Reputation zu schädigen, beschloss die irakische Regierung, entsprechende Massnahmen zu treffen. So verklagte die Gemeinde von Sulaimaniya Scheich Mahmud wegen Verschwendung öffentlicher Gelder vor Gericht. Des Weiteren beschuldigten die Zeitungen «Zhianawa»¹⁰ («Wiederbelebung») und «Zhi-an» («Leben»), die von kurdischen Intellektuellen veröffentlicht und von der Gemeinde Sulaimaniya herausgegeben wurden, Scheich Mahmud, mit seiner protürkischen Politik die Heimat verraten zu haben (ebd., 26 ff.). Zudem entschied die irakische Regierung am 6. März 1926, alles zu beschlagnahmen, was Scheich Mahmud und seine Familie besaßen, um ihm die Finanzierung seiner Revolte zu erschweren (ebd., 29). Ferner fing Bagdad an, die Loyalität jener Stämme und Stammesführer zu kaufen, die noch

10 Die Zeitung nannte sich zuerst «Belebung», weil die Mossulfrage noch nicht gelöst war. Nachdem aber der Irak Mossul zugesprochen bekommen hatte, änderte die Zeitung ihren Namen in «Leben» als Zeichen dafür, dass ein neues politisches Leben in der Region beginne (Amin 2013b, 12 ff.). «Zhianawa» bestand im Zeitraum vom 18. August 1924 bis zum 14. Januar 1926, «Zhi-an» zwischen dem 21. Januar 1926 und dem 10. März 1938 (ebd.). Die Mossulfrage ging Ende September 1924 an den Völkerbund, nachdem sich Grossbritannien und die Türkei nicht auf eine Lösung einigen konnten. Im Juli 1925 schlug dann jene Kommission des Völkerbundes, die im Dezember 1924 in Bagdad angekommen war und über drei Monate in Mossul Gespräche mit verschiedenen Volksgruppierungen geführt hatte, vor, Mossul an den Irak anzugliedern. Voraussetzung sollte dabei sein, dass das britische Mandat im Irak um 25 Jahre verlängert werde und die Rechte der kurdischen und anderen Minderheiten garantiert würden. Der Vorschlag wurde von der Versammlung des Völkerbundes angenommen und vom Internationalen Gerichtshof in Den Haag am 16. Dezember 1925 bestätigt (Barzani 1998, 13; Fürtig 2016, 28). Die Türkei erkannte den Entscheid im Juli 1926 an, nachdem Grossbritannien und der Irak ihr 10 Prozent der Gewinne der Turkish Petroleum Company (TPC) für 25 Jahre zugesichert hatten (Fürtig 2016, 29). Mit dem Vertrag von Saadabad (1937) erkannten die Türkei, der Irak und Iran unter anderem infolge der zunehmenden kurdisch-nationalistischen Bewegungen schliesslich gegenseitig ihre Grenzen an (Strohmeier & Yalçın-Heckmann 2017, 154).

auf der Seite von Scheich Mahmud standen.¹¹ Die Politik, assyrische und christliche Gruppierungen gegen die Pro-Barzani-Truppen zu bewaffnen, verfolgten die Briten bereits ab 1920 im Grossraum Mossul (Barzani 1998, 23–24; Sajjady 2017, 138 ff.).

Nach weiteren Kampfhandlungen einigte sich Scheich Mahmud im Juli 1927 mit der irakischen Regierung darauf, dass er den Irak in Richtung Iran verlassen, sich aus politischen Geschäften zurückziehen, den Irak nur mit Erlaubnis der Briten und der irakischen Regierung betreten, seinen Sohn Baba Ali nach Bagdad schicken (damit dieser auf Kosten der Regierung studieren könne) und er seinen Besitz zurückbekommen werde (Amin 2013b, 35–36; Sajjady 2017, 95 ff.). In Sulaimaniya begannen nun die kurdischen Intellektuellen, sich im Rahmen des irakischen Staatsgebildes für das kurdische Anliegen einzusetzen, nachdem sie akzeptiert hatten, dass die Entstehung eines kurdischen Staates im Irak in weite Ferne gerückt war. Manche unter ihnen wurden in Bagdad als Parlamentsmitglieder oder Minister aktiv, andere wiederum blieben in Sulaimaniya und organisierten sich neu. Zu erwähnen ist, dass grosse Teile der bis heute mit ihren Gedichten und Schriften einflussreichen kurdischen Dichter und Schriftsteller aus dem Irak dieser Zeit entstammen.

Während die Unruhen in den kurdischen Gebieten nicht vollständig aufhörten, schritt der politische Prozess im Irak voran. Die Voraussetzung der irakischen Übergangsregierung für die Anerkennung Faisals als König des Irak im Jahr 1921 war, dass der Irak ein Verfassungsstaat sein müsse. Auch der König selbst wollte von Beginn an eine konstitutionelle Ordnung für den Irak (Qadir 2007, 48). So bekam der Irak am 21. März 1925 seine erste Verfassung als moderner Staat unter dem Namen «al-Qānun al-Asāsy al-'Irāgy» («Grundgesetz des Irak») (Al-Qānun al-Asāsy al-'Irāgy 1925), die bereits ab 1921 von den Briten vorbereitet worden war (Rasul 2012, 125 ff.). Einwände des irakischen Gremiums zur Überprüfung der Verfassung fanden kaum Gehör. Dieses Gremium war der Ansicht, dass der König zu viel Macht habe und der irakisch-britische Bündnisvertrag von 1922 den politischen Rahmen der Verfassung darstelle (ebd.). Tatsächlich war der König gemäss Artikel 26 der Verfassung sehr einflussreich. So durfte er unter anderem alle Gesetze gutheissen sowie den Premierminister und alle Mitglieder der zweiten Kammer (des Senates) wählen; zudem war er

11 Für jene Kurden, die an der Seite der verschiedenen irakischen Zentralregierungen gegen die kurdischen Aufstände kämpften, wurde später seitens der Kurden im Irak der Begriff *Jash* («Eselfohlen») verwendet.

der Oberbefehlshaber der Streitkräfte (“Al-Qānun al-Asāsy al-’Irāgy” 1925). Ferner sah Artikel 28 vor, dass sich die Legislative aus dem Nationalrat und dem König zusammensetzte, wobei der Nationalrat aus dem Senat und dem Repräsentantenhaus bestand (ebd.). Der Senat wurde in der Verfassung explizit vor dem Repräsentantenhaus erwähnt und setzte sich aus einem Viertel des Repräsentantenhauses zusammen. Letzteres sah für jeweils 20 000 männliche Personen einen Sitz vor.

Die Kurden wurden in der Verfassung nicht erwähnt. Die Herausbildung einer irakischen Identität schien das Ziel des Grundgesetzes zu sein, weil es von der Gleichheit der Iraker vor dem Gesetz sprach, egal welche Nationalität, Religion und Sprache sie hätten (Art. 6). Allerdings wurde das Arabische als Amtssprache festgelegt (Art. 17). In den Schulen wurde jedoch der Unterricht in der jeweiligen Sprache der Bevölkerungsgruppe erlaubt (Art. 16). Bezüglich der Wahlen sah die Verfassung vor, dass ein Gesetz sie regeln solle (Art. 37). Ein solches konnte zuerst 1924 und danach 1946 und 1956 verabschiedet werden. Alle drei wiesen allerdings eine Reihe von Schwächen auf, wie die indirekte Wahl der Abgeordneten, der Ausschluss der Frauen und die Definition einer ganzen Provinz als einen einzigen Wahlkreis (Rasul 2012, 135 ff.). Dadurch wurden Verfälschungen der Wahlen gefördert und nur solche Personen zur Wahl zugelassen, die dem König und dem Königreich – bis 1932 auch Grossbritannien – gegenüber loyal waren. Das bestätigte auch der Premierminister Nuri Pascha al-Said 1931 im Parlament, indem er zu einigen Parlamentariern sagte, dass sie ohne Unterstützung der Regierung nie die Möglichkeit gehabt hätten, gewählt zu werden (Amin 2000, 15).

Was die Beteiligung der Kurden an den politischen Geschehnissen des Irak anbelangt, so blieben sie unter anderem im Parlament, im Senat und in den Verwaltungsämtern unterrepräsentiert. Zaki Bag zeigt in seiner an König Faisal – zu dem er eine gute Beziehung hatte – gerichteten Schrift vom Januar 1930 systematisch auf, wie die Kurden in ihren Gebieten und in den Regierungs- sowie Provinzämtern benachteiligt wurden (Zaki Bag 1984, 64 ff.). Zudem erinnerte Zaki Bag König Faisal an dessen Worte vom Jahr 1926, es sei die Aufgabe jedes ehrlichen Irakers, die kurdischen Brüder des Irak davon zu überzeugen, glücklich im Irak zu leben, ohne dass sie ihre eigene Identität verlieren müssten (ebd., 82).¹² König Faisal sah

12 Mohammed Amin Zaki Bag ist eine der bekanntesten kurdischen Persönlichkeiten im Irak. Er war Schriftsteller, Historiker und Politiker sowie Offizier im Osmanischen Reich. Im Gegensatz zu vielen anderen kurdischen Politikern im irakischen König-

in den mehrheitlich sunnitischen Kurden eine Möglichkeit, einem schiitischen demografischen Übergewicht und damit der Gefahr eines möglichen Regierungssturzes zu begegnen. Entsprechend war er durchaus gewillt, eine Lösung für die Kurdenfrage zu finden. Als geeigneten Ansatz betrachtete Zaki Bag eine Autonomie für die Kurden im Irak, bestehend aus den Provinzen Dohuk, Kirkuk, Sulaimaniya und Erbil. Dieser Meinung waren auch die meisten kurdischen Vertreter im irakischen Parlament. Sie schlugen daher Anfang 1929 in einem Brief an den irakischen Premierminister und die britische Verwaltung im Irak unter anderem die Autonomie für die Kurden, bestehend aus den erwähnten vier Provinzen, als Lösung für die Kurdenfrage im Irak vor (Zaki Bag 1984, 38 ff.) und stellten zudem Forderungen im kulturellen und sprachlichen Bereich.

Die Briten unterstützten die kulturellen und sprachlichen Anliegen der Kurden, allerdings nicht deren politische Forderungen. So wurde der soranische Dialekt der kurdischen Sprache im März 1931 per Gesetz die offizielle Sprache in den mehrheitlich von den Kurden besiedelten Gebieten im Nordirak (Amin 2000, 173). Tatsächlich umgesetzt wurde das Gesetz jedoch nur in Sulaimaniya und einem Teil von Erbil (ebd., 173–174). Zu erwähnen ist, dass die kurdischen Parlamentarier im Irak weder bei den arabischen Nationalisten noch bei kurdischen Intellektuellen beliebt waren, weil sie in deren Augen immer – um persönlicher Vorteile willen – zugunsten Grossbritanniens gestimmt hätten (Amin 2000, 20 ff.). Tatsächlich votierten die kurdischen Parlamentarier in Bagdad stets für einen britischen Verbleib im Irak, weil sie erstens Angst hatten, von den arabischen Nationalisten marginalisiert zu werden, also ein ähnliches Schicksal wie die Kurden in der Türkei zu erleiden, und zweitens erst mit der Unterstützung Grossbritanniens ins Parlament gekommen waren (ebd.).

In Sulaimaniya wiederum gründeten Teile der kurdischen Intellektuellen und bekannten Persönlichkeiten Ende 1929 ein Komitee namens *Hayat Waṭanye* («Vaterlandsorgan»), um politisch für die Anliegen der Kurden im Irak aktiv zu werden. Nach einiger Beratung entschlossen sie sich, Scheich Mahmud, der sich damals in der Ortschaft Piran an der iranischen Grenze aufhielt, über ihr Vorhaben nicht zu informieren. Sie glaubten nicht an die Anwendung von Waffengewalt, sondern an friedliche Demonstrationen und den Einsatz der Schrift (Amin 2000, 53–54). Einer der Gründer des Komitees war Scheich Mahmuds Bruder, Scheich Qader (ebd.). Um sicher-

reich stammte er aus einer einfachen Familie. 1880 in Sulaimaniya geboren, starb er in der gleichen Stadt im Jahr 1948.

zugehen, dass die Kurden im Irak auch nach dem Ende des britischen Mandates geschützt sein würden und ihre kulturellen Rechte bewahren könnten, fokussierte sich das Komitee auf den bevorstehenden irakisch-britischen Bündnisvertrag von 1930. Als dieser jedoch am 30. Juni 1930 abgeschlossen und am 18. Juli 1930 veröffentlicht wurde, führte er im Irak zu landesweiten Unruhen. Während die arabischen Gegner des Vertrags ihn als eine Art der britischen Bevormundung des Irak sahen, hatten die Kurden Angst, zukünftig in einem arabischen Irak marginalisiert zu werden, weil der Vertrag nicht auf ihre Rechte einging und sie nicht einmal erwähnte (Amin 2000, 52). Die Lage war insbesondere in Sulaimaniya explosiv.

Um die Menschen in den kurdischen Gebieten und vor allem in Sulaimaniya zu beruhigen, entschieden sich die Vertreter der britischen Verwaltung und der irakischen Regierung, nach Sulaimaniya und in andere kurdische Städte zu reisen. Während dieser Besuche gab *Hayat Waṭanye* im September 1930 eine Erklärung ab, in der Rechte für die Kurden gefordert wurden und die Bevölkerung aufgerufen wurde, als Zeichen ihrer Unterstützung friedlich zu demonstrieren (Amin 2000, 55). In der Folge kam es in Sulaimaniya zu friedlichen Protestversammlungen gegen solche Besuche und den britisch-irakischen Bündnisvertrag. Das *Hayat-Waṭanye*-Komitee fing an, noch aktiver zu werden, indem es mehrere Briefe an die irakische und britische Regierung sowie an den Völkerbund sendete. Des Weiteren votierte das Komitee am 4. September 1930 dafür, dass Sulaimaniya nicht an den bevorstehenden Wahlen teilnehmen solle. Da die irakische Regierung jedoch darauf bestand, die Wahlen abzuhalten, damit unter anderem der Bündnisvertrag ratifiziert werden konnte, kam es am 6. September 1930 in Sulaimaniya zu einer grossen Demonstration mit mehr als 2 000 Teilnehmenden gegen die Regierung (Amin 2000, 59–60; Sajjady 2017, 110–11).

Weil das Komitee aufgrund der Stimmungslage eine Eskalation erwartete, nahm *Hayat Waṭanye* jedoch nicht daran teil (Amin 2000, 59). Tatsächlich führte die Gewaltbereitschaft einiger Demonstranten und von Teilen der irakischen Armee zu einem Schusswechsel, bei dem Dutzende Demonstranten getötet oder verletzt wurden. Zudem mussten die Organisatoren und weitere Demonstranten ins Gefängnis (ebd., 60). Der bekannte kurdisch-nationalistische Dichter, Faiq Bekas, war einer derjenigen, die zuerst verletzt und später verhaftet wurden (Mala Karim 2011, 14). Dies gilt auch für einige bedeutende Mitglieder des *Hayat Waṭanye*, worauf die Aktivitäten des Komitees ein Ende fanden (Sharif 2006, 79). Der 6. September 1930 nahm bei einem grossen Teil der kurdischen Dichter in den

1930er Jahren einen hohen Stellenwert ein und wurde als eine Katastrophe bezeichnet, in der die Kurden massakriert worden seien (Ahmed 2002, 39 ff.). Für die meisten Kurden im Irak und insbesondere in Sulaimaniya ist es ein «schwarzer Tag» in ihrer Geschichte. Trotz der Ereignisse bestand die irakische Regierung darauf, die Wahlen abzuhalten, und am 15. September 1930 konnten die Vertreter von Sulaimaniya gewählt werden. Sie nahmen an der ersten Sitzung des neu gewählten irakischen Repräsentantenhauses vom 1. Oktober 1930 teil (ebd., 61). Als neuer Gouverneur von Sulaimaniya agierte die bekannte und in Sulaimaniya beliebte kurdische Persönlichkeit Ahmed Bag (ebd., 61–62).

Nachrichten über diese Auseinandersetzungen erreichten Scheich Mahmud und machten ihn fassungslos. Dazu trugen auch einige Familien der getöteten Demonstranten bei, die ihn aufsuchten und um Rache baten. Scheich Mahmud sah sich veranlasst, wieder zur Waffe zu greifen, und wurde sowohl politisch als auch militärisch aktiv. So schrieb er mehrere Briefe an die britische Vertretung im Irak und an den Völkerbund. In einem Brief an Erstere machte er die Briten darauf aufmerksam, «dass es nach dem Massaker der Kurden unmöglich geworden sei, dass die Kurden und die Araber gemeinsam in einem Land leben würden». In den anderen Briefen rief er die irakische Regierung dazu auf, die kurdischen Gebiete zu verlassen (Ali 2013, 217–218). Des Weiteren bat er um die Gründung eines Staates für die Kurden im Irak, der von Zaxo bis Khaneqin reichen und unter dem Mandat der Briten oder eines anderen mächtigen Staates stehen sollte (ebd.; Amin 2013b, 46). Damit machte Scheich Mahmud deutlich, dass er gegen einen Verbleib des irakischen Kurdistan als Teil des irakischen Staates war. Die Regierung in Bagdad und die britische Verwaltung im Irak wiederum antworteten Scheich Mahmud, gemäss der bestehenden Übereinkunft von 1927 habe er die Waffen niederzulegen und sich aus den politischen und militärischen Geschäften zurückzuziehen (Amin 2013b, 46 ff.).

Die beiden Seiten konnten sich nicht einigen, und es kam wieder zu kriegerischen Konfrontationen zwischen der irakischen Regierung – teilweise mit Unterstützung jener kurdischen Stämme, die zuvor Scheich Mahmud unterstützt hatten – und den Truppen Scheich Mahmuds, die mit dessen Kapitulation im März 1931 endeten (Sajjady 2017, 120). Er wurde in den Südirak und später nach Bagdad verbannt und starb dort am 9. Oktober 1956. Die Nachricht seines Todes und die spätere Beerdigung seines Leichnams in Sulaimaniya lösten einen weiteren Aufstand in Sulaimaniya aus,

der zu mehreren Toten und Verletzten führte (ebd., 122 ff.). Zu erwähnen ist, dass der Feldzug gegen Scheich Mahmud im März 1931 zur ersten Kooperation der irakischen und der iranischen Armee führte, die in den folgenden Jahren gegen andere kurdische Gruppierungen wiederholt wurde (Amin 2000, 149). Taufiq Wahby, der sich in Beirut befand und im März 1931 seitens einiger kurdischer Persönlichkeiten im Irak als Vertreter der Kurden im Irak gewählt wurde, wandte sich mehrmals an den Völkerbund und Grossbritannien und bat um eine Autonomie für die Kurden im Irak (Ali 2005, 59 ff.; Amin 2000, 213 ff.; Sharif 2006, 79 ff.). Er machte den Völkerbund und die Briten darauf aufmerksam, dass weder der Irak noch der Nahe Osten zur Ruhe kommen könnten, solange die Kurdenfrage im Irak nicht gelöst sei (ebd.). Seine Forderungen fanden allerdings kein Gehör, und er kehrte mit leeren Händen in den Irak zurück, wo er zwischen 1932 und 1958 verschiedene politische Posten im Irak innehatte (Sharif 2006, 87 ff.).¹³

Während die Waffen im Grossraum Sulaimaniya im Jahr 1931 schwiegen, begann die Lage in den Barzan-Gebieten im gleichen Jahr zu eskalieren. Nachdem sich ein britisches Regiment, das für die Sicherheit der Ortschaft Bele südlich von Barzan zuständig war, auf Wunsch von Scheich Ahmed zurückzog und ein irakisches Regiment seinen Platz einnahm, warnte der britische Kommandant des Regiments vor den Folgen dieses Vorgehens: «Wir Ungläubigen verlassen zwar das Gebiet, aber die Lage wird unter Ihren muslimischen Brüdern nicht besser werden», soll er Mustafa Barzani, dem jüngeren Bruder von Scheich Ahmed, gesagt haben (Barzani 1998, 25). Der erste Angriff auf die Barzan-Gebiete im Jahr 1931 erfolgte allerdings durch den mit den Barzanis verfeindeten kurdischen Bradost-Stamm. Dabei wurden mehrere Dörfer geplündert und in Brand gesetzt. Die Barzani-Truppen antworteten mit einem Gegenangriff und fügten dem Bradost-Stamm Ende 1931 grossen Schaden zu (ebd.). Nach der Niederlage der Angehörigen des Bradost-Stammes begann die irakische Armee am 9. Dezember 1931 die Barzan-Gebiete am Boden und aus der Luft anzugreifen. Einen Erfolg konnte die Armee allerdings nicht erzielen (ebd., 26–28).

Damit begann die Feindschaft zwischen der irakischen Regierung und den Anhängern von Scheich Ahmed Barzani, die im Laufe der Zeit immer weiter eskalierte. Im März 1932 startete die irakische Armee eine weitere flächendeckende Offensive auf die Barzan-Gebiete. Sie endete mit der Zer-

13 Nach dem Sturz des irakischen Königreichs im Jahr 1958 verliess Taufiq Wahby den Irak in Richtung London und starb dort im Jahr 1984 im Alter von 93 Jahren.

störung vieler Dörfer und dem Tod von Dutzenden Kämpfern auf beiden Seiten. Um der Gewalt ein Ende zu setzen und den Menschen in den Barzan-Gebieten weitere Bombardierungen zu ersparen, verliessen Scheich Ahmed und einige seiner Anhänger im Juni 1932 den Irak in Richtung Türkei. Nach einem Jahr wurde er jedoch von der Türkei an die irakische Regierung ausgeliefert. Unter dem Druck von Barzani-Anhängern und um eine weitere Eskalation zu vermeiden, schickte die irakische Regierung Scheich Ahmed in die Barzan-Gebiete zurück (Barzani 1998, 44–45). Ende 1933 nahm die Regierung Scheich Ahmed, Mustafa Barzani, der bereits viel Kampferfahrung gesammelt hatte, und weitere Mitglieder seiner Familie in Mossul in Gewahrsam. Im Jahr 1936 wurden die Barzani zuerst nach Bagdad und später in den Südirak geschickt, damit sie nicht mit Scheich Mahmud in Kontakt treten konnten (ebd., 46). Die Unruhen gingen dennoch weiter und die antiirakischen Ressentiments nahmen in den Barzan-Gebieten weiter zu. Im Jahr 1939 brachte die irakische Regierung die Barzani nach Sulaimaniya und isolierte sie dort (ebd., 48). Mustafa Barzani besuchte hier die Koranschule und vertiefte seine Kenntnisse in religiösen Belangen. Dabei kam er auch mit kurdischen Intellektuellen, Stammesführern, Aghas und Aktivisten in Kontakt (Sajjady 2017, 149).

Die politischen Entwicklungen im Irak wiederum entwickelten sich immer mehr zugunsten des Militärs, das nach der Aufnahme des Irak in den Völkerbund und dem Ende des völkerrechtlichen Mandates Grossbritanniens im Oktober 1932 an Einfluss gewann. So verpflichtete die irakische Regierung mit dem Landesverteidigungsgesetz vom Dezember 1934 alle männliche Personen, die älter als 19 Jahre waren, für eine Dauer von mindestens zehn Jahren im Militär zu dienen (Qanun al-Difa' al-Waṭāny 1934). Dazu beigetragen hatte auch die Überzeugung von König Faisal, dass der Irak eine starke Armee benötige, um seine Souveränität aufrechtzuerhalten und die nationale Sicherheit zu gewährleisten (Amin 2000, 175). Im Laufe der Zeit hatte er verzweifelt festgestellt, «dass es im Irak keine irakische Nation, sondern verschiedene menschliche Gruppierungen gebe, die leer vom Patriotismus seien und gegen jede Regierung vorgingen, welche auch immer diese sei» (ebd., 172).¹⁴ Tatsächlich konnte die Armee Anfang der 1930er Jahre erfolgreich gegen Demonstranten in den verschiedenen irakischen Städten, kurdische und assyrische Revolten sowie Stämme entlang des Euphrats vorgehen (Rasul 2012, 180). Der erste Staatsstreich des Mi-

14 Ohne eine einheitliche irakische Nation erleben zu können, starb König Faisal im September 1933 in der Schweiz.

litärs folgte dann im Oktober 1936 unter Führung des Generalleutnants Bakr Sidqi, der zur Tötung des Verteidigungsministers Jaafar al-Askari, zur Absetzung des ambitionierten Premierministers Yasin al-Hashimi und im August 1937 zur Ermordung von Sidqi in Mossul führte (Fürtig 2016, 135 ff.). Danach gab es zwischen 1938 und 1940 weitere Putschversuche, die allerdings scheiterten. Erfolgreich war jedoch der Militärputsch des pan-arabistischen und antibritischen Politikers Rashid Ali al-Gailani im April 1941, der mit der Rückkehr der britischen Truppen in den Irak und der Zerschlagung der Anhänger des Militärstreichs im Juni 1941 endete (Rasul 2012, 181).

Während dieser turbulenten Zeit in Bagdad formierten sich einige kurdische Intellektuelle, Nationalisten und Aktivisten neu und gründeten im Jahr 1937 in Sulaimaniya eine Organisation namens *Brayati* (‹Brüderlichkeit›) (Qaradakhly 2014, 31). Als Ehrenpräsident der Gruppe wurde Scheich Mahmud gewählt, und sein jüngster Sohn, Scheich Latif Scheich Mahmud, wurde Mitglied der Organisation (Sabir 2007, 108). Sehr einflussreich konnte sie indes nicht werden, und sie löste sich 1943 auf (ebd.). Im Jahr 1939 wiederum gründeten junge kurdische Studenten aus Kirkuk, Sulaimaniya und Erbil in Kirkuk eine weitere Organisation namens *Darker* (‹Holzhacker›), die sich schnell ausbreitete (ebd., 106). Sektionen der Organisation wurden in Sulaimaniya, Erbil, Kifry und anderen kurdischen Städten eröffnet (ebd., 108). Dadurch erreichten die jungen Aktivisten grosse Teile der kurdischen Gebiete im Irak, und sie zogen die Erweiterung der Organisation in Erwägung (ebd.). Bei ihrer Generalversammlung im Juni 1938 in Kirkuk – bis zu diesem Datum gab es nur dort Gymnasien, hingegen nicht in Erbil oder Sulaimaniya – entschieden sie, die Organisation in eine politische Partei umzuwandeln und eine grosse kurdische Persönlichkeit zu ihrem Vorsitzenden zu machen. Infrage kamen unter anderem Rafiq Hilmy¹⁵, Mohammed Amin Zaki Bag und Taufiq Wahby. So kam es im April 1939 in Kirkuk zur Gründung der ersten kurdischen Partei im Irak namens *Hiwa* (‹Hoffnung›) (Sabir 2007, 112). Bei einer Sitzung in Bagdad im Februar 1940 wählten ihre Mitglieder Rafiq Hilmy zu ihrem Präsidenten. Er begrüßte die Entscheidung und wurde Vorsitzender der Partei (ebd.). Deren Aktivitäten erfolgten jedoch zuerst verdeckt (Sajjady 2017, 151).

Die Partei war nicht nur in verschiedenen kurdischen Städten aktiv, sondern hatte ihren Hauptsitz in Bagdad und agierte auch in Mossul. Die meisten Mitglieder, die je nach Quelle 1 500 bis 5 500 zählten (Qaradaghy

15 Rafiq Hilmy wurde 1898 in Kirkuk geboren und ist 1960 in Bagdad gestorben.

2014, 31; Sabir 2007, 114), gehörten allerdings der Oberschicht an und waren unter anderem als Offiziere in der irakischen Armee tätig; oft handelte es sich auch um Stammesführer, Scheichs oder Grossgrundbesitzer. Bauern, die eine grosse Mehrheit der kurdischen Bevölkerung im Irak darstellten, waren in der Partei kaum zu finden (Qaradaghy 2014, 31). Die Hauptforderung der Partei war die Selbstverwaltung für die Kurden im Irak (Qaradaghy 2014, 35; Sabir 2007, 116). Gleichzeitig stand die Partei mit den kurdischen Bewegungen in Syrien und in Iran in Kontakt (Sajjady 2017, 151). So entsandte sie zwei ihrer engagierten Mitglieder nach Iran und unterstützte die kurdischen Aktivisten in Mahabad bei der Gründung einer Organisation namens *Zhianaway Kurd* (◀kurdische Wiederbelebung) im August 1942 (Ali 2013, 232; Sabir 2007, 116). Damit trat zum ersten Mal auch ein pankurdisches Gedankengut auf, das darauf abzielte, den Kurden in allen Ländern, in denen sie lebten, zu ihrem Recht zu verhelfen. Die Partei knüpfte auch Kontakte zu Mustafa Barzani, der im Juli 1943 mit der Unterstützung von Scheich Latif Scheich Mahmud als Mullah gekleidet aus Sulaimaniya floh und über Iran die Barzan-Gebiete erreichte (Barzani 1998, 83; Mazhar 2014, 423).

Da Scheich Ahmed in Sulaimaniya blieb und später in den Südirak geschickt wurde, übernahm Mullah Mustafa Barzani – er trug nicht den Titel eines Scheichs, sondern eines Mullah – den erneuten Aufstand der Barzanis gegen die irakische Regierung. Nachdem er mehrere Stämme in der Region besucht hatte, um sich deren Unterstützung zu sichern, griffen seine Truppen im Oktober 1943 irakische Polizeiposten an (Barzani 1998, 91). Bis November 1943 konnten die Pro-Barzani-Truppen mehrere Gebiete in Barzan von den Truppen der irakischen Regierung säubern (ebd., 98). Grosse Unterstützung erhielt Barzani von der *Hiwa*-Partei, die in verschiedenen Erklärungen in Bagdad das Vorgehen der irakischen Regierung kritisierte und als Feindseligkeit gegen das kurdische Volk bezeichnete (ebd., 99). Daraufhin bemühten sich die irakische Regierung und die britische Vertretung in Bagdad um ein Ende der Waffengewalt (ebd.). Um eine endgültige Lösung für die Kurdenfrage im Irak zu finden, wurde in der neuen irakischen Regierung, die im Dezember 1943 unter der Führung von Nuri Pascha al-Said gebildet wurde, der kurdische Minister Majed Mustafa beauftragt, das Kurdendossier zu übernehmen (Barzani 1998, 100–101; Sajjady 2017, 153–154). Daraufhin traf Majed Mustafa sich mit Mullah Mustafa und den Funktionären der *Hiwa*-Partei. Die Vertreter von *Hiwa* und Mullah Mustafa einigten sich darauf, dass die Barzani-Truppen die Waffen niederlegen sollten, wenn unter anderem eine autonome Region

Kurdistan, bestehend aus den fünf Provinzen Kirkuk, Erbil, Sulaimaniya, Khaneqin und Dohuk, gegründet wurde (Sajjady 2017, 155). Mullah Mustafa forderte auch, seinem Bruder, Scheich Ahmed, und allen anderen Barzani-Angehörigen die Rückkehr in die Barzan-Region zu erlauben. Während die irakische Regierung im Februar 1944 veranlasste, dass Scheich Ahmed und seine Leute nach Barzan zurückkehren durften, wurden die anderen Forderungen nicht erfüllt (Barzani 1998, 105) – unter anderem deshalb, weil die Regierung von Nuri Pascha al-Said im Juni 1944 aufgelöst wurde (ebd., 106).

Die neue irakische Regierung erklärte im August 1945 den Barzani den Krieg (Barzani 1998, 126), der nach mehreren Gefechten mit der Flucht von Barzani nach Iran im Oktober 1945 endete (Sajjady 2017, 185). Die meisten kurdischen Stämme, die zuvor Mullah Mustafa versprochen hatten, zusammen mit ihm zu kämpfen, kehrten ihm den Rücken und unterstützten die irakische Armee (Barzani 1998, 130). In Iran half Mullah Mustafa Qazi Mohammed bei der Gründung der kurdischen Republik Mahabad im Januar 1946 (ebd., 149). Um jedoch den kurdischen Kampf im Irak fortsetzen zu können und um der bereits existierenden Demokratischen Partei Kurdistan-Iran (DPK-I) keine Konkurrenz zu machen, entschieden sich Barzani und seine Begleiter, die Demokratische Partei Kurdistan-Irak¹⁶ (bekannt als DPK) zu gründen. Zu diesem Zweck schickte Mullah Mustafa Anfang 1946 Hamza Abdullah in den Irak, um den möglichen Zusammenschluss der neuen Partei mit den bestehenden Parteien *Rizgary* (‘Befreiung’) und *Shorsh* (‘Revolution’)¹⁷ zu diskutieren. Nachdem die beiden bereits bestehenden Parteien die Zustimmung ihrer Mitglieder eingeholt hatten, schlossen sie sich in einer Generalversammlung in Bagdad am 16. August 1946 der neuen Partei, der DPK, an (Barzani 1998, 158 ff.). Als Präsident der Partei wurde Mullah Mustafa in Abwesenheit gewählt. Sein erster Stellvertreter wurde

16 Der offizielle Name der Partei war zu Beginn ‘Kurdische Demokratische Partei’. Erst 1953 wurde sie beim dritten Parteikongress in Kirkuk in ‘Demokratische Partei Kurdistan-Irak’ umbenannt (Rashid 2017b, 56). Zudem rutschte die Partei weiter nach links (ebd.).

17 Die *Hiwa*-Partei spaltete sich im Jahr 1945 in *Rizgary* und *Shorsh*, da der rechtsliberale Flügel um den Vorsitzenden Hilmy der Ansicht war, dass mit der Unterstützung Grossbritanniens die Rechte der Kurden gefordert werden sollten. Dagegen sah der linke Flügel der Partei in der Sowjetunion den wahren Freund der Kurden und wollte mit ihr kooperieren (Qaradaghy 2014, 43). So gründeten die Rechtsliberalen – ohne Rafiq Hilmy – in Kooperation mit Mullah Mustafa die *Rizgary*-Partei und die Linken die *Shorsh*-Partei (ebd., 43–44).

Scheich Latif Scheich Mahmud (ebd.).¹⁸ Ibrahim Ahmed¹⁹, der als Vertreter der DPK-I in Sulaimaniya agierte und mit Hamza Abdullah verwandt war, war nicht bereit, Hamza Abdullah und die Idee von Mullah Mustafa zu unterstützen. Auf diesen Zwist scheint ein Teil der späteren Feindseligkeit zwischen Mullah Mustafa und Ibrahim Ahmed zurückzugehen (Qaradaghy 2014, 57–58).

So begannen die Kurden im Irak, zum ersten Mal die Grenzen der *Tariqat*-, Stämme-, Regionen- und Dialektzugehörigkeit zu überwinden und eine politische Partei zu gründen, die weite Teile der kurdischen Aktivisten miteinschloss. Da jedoch mit Mullah Mustafa Barzani und Scheich Latif Barzanji zwei einflussreiche Stammesmitglieder, die mit einigen anderen kurdischen Stämmen in Konflikt standen, an die Spitze der Partei kamen, gab es in ihr von Beginn an kaum Platz für einige andere Gruppierungen: für jene Mitglieder der konkurrierenden Stämme, die der Stammeszugehörigkeit eine grössere Bedeutung beimessen als der Partei und der Kurdenfrage; für linke kurdische Aktivisten, die sich für ein Ende der Stammesstruktur und der Privilegien zugunsten einiger weniger in der Gesellschaft und für mehr Gleichheit einsetzten; für rechtsliberale kurdische Intellektuelle und Politiker, die Grossbritannien als Freund und Befreier des Irak und nicht als Kolonialmacht ansahen und zudem nicht an Gewalt zur Durchsetzung der politischen Rechte der Kurden glaubten. Viele Angehörige der beiden letztgenannten Gruppen schlossen sich jedoch der Partei aus kurdisch-nationalistischen Überzeugungen an. Einige andere blieben entweder der Politik fern, betrieben Politik im irakischen Staat oder liefen zur seit 1934 existierenden Irakischen Kommunistischen Partei (IKP) über. So war die DPK zwar eine grosse kurdische Partei im Irak, aber schon zu Beginn sehr heterogen.

Ihre hauptsächliche Forderung war, wie schon bei den vormaligen kurdischen Gruppierungen, die Selbstverwaltung der Kurden in den kurdischen Gebieten im Irak inklusive Kirkuk. Auch die Demokratisierung des Irak

18 Laut Jalal Talabani waren Teile der Mitglieder der *Shorsh*-Partei gegen Mullah Mustafa und Scheich Latif an der Spitze der DPK und entschieden sich, sich der Partei nicht anzuschliessen – obwohl sie zu Beginn des Prozesses für die Gründung der DPK gewesen waren (Rashid 2017b, 50–53).

19 Ibrahim Ahmed wurde 1914 in Sulaimaniya geboren und schloss sich 1947 der DPK an, nachdem die Republik Mahabad besiegt und Qazi Mohammed exekutiert worden war. Er studierte zwischen 1934 und 1937 Rechtswissenschaften in Bagdad und war Politiker, Anwalt und Schriftsteller (Rashid 2017b, 60). Im Jahr 2000 starb er in London (ebd.).

war ein Anliegen der Partei, das allerdings auch innerhalb der Partei wenig Beachtung fand. Die DPK wollte damit die politischen Rechte der Kurden in einem einheitlichen Staat Irak sichern und strebte keinen unabhängigen oder pankurdischen Staat an (Qaradaghy 2014, 73). Nach dem Zerfall der Republik Mahabad im März 1947 waren Mullah Mustafa und seine Anhänger jedoch gezwungen, sich neu zu orientieren. So entschieden sich Scheich Ahmed, einige Kämpfer und die Familien in den Irak zurückzukehren, während sich Mullah Mustafa gemeinsam mit 560 Kämpfern für einen Marsch in die Sowjetunion entschloss (Barzani 1998, 182–183). Mullah Mustafa begleitete zuerst Scheich Ahmed und die Familien – insgesamt etwa 4 565 Personen – in den Irak (Sajjady 2017, 201). Diese wurden allerdings in den Südirak verbannt, nachdem sie sich im April 1947 ergaben. Die irakische Regierung exekutierte zudem am 19. Juni 1947 vier Offiziere: Abdul-Aziz, Mustafa Khoshnaw, Abd al-Karim und Mahmud Qudsy (ebd., 203). Mullah Mustafa und seine Kämpfer machten sich am 6. Mai 1947 auf den Weg in die Sowjetunion und erreichten das Land in einem historischen Marsch trotz Kämpfen und Bombardierungen seitens der irakischen und der iranischen Regierung am 17. Juni 1947 (Barzani 1998, 187 ff.; Sajjady 2017, 205 ff.). Dort blieben sie bis zum Staatsstreich²⁰ der ‚Freien Offiziere‘ unter der Führung von Abd al-Karim Qasim²¹ und dem Ende der irakischen Monarchie am 14. Juli 1958.

Die DPK im Irak wurde in Abwesenheit von Mullah Mustafa zwischen 1947 und 1958 hauptsächlich von den linksgerichteten Mitgliedern der Partei, wie Ibrahim Ahmed, geführt. Die Aktivitäten der Partei blieben

20 Es ist umstritten, ob der Sturz des irakischen Königreichs eine Revolution oder ein Militärputsch war. Fest steht jedoch, dass der Sturz mit einem Staatsstreich einiger Offiziere der irakischen Armee begann, der schnell die Unterstützung breiter Teile der Bevölkerung – von Kurden, Arabern und anderen Minderheiten – fand (Rasul 2012, 199–200). Für den Nahen Osten bedeutete der Sturz des irakischen Königs eine fundamentale Änderung der politischen Verhältnisse, die die Monarchien in der Region unter Druck setzte und neue Allianzen ermöglichte. Die DPK schickte einige Stunden nach dem Putsch ein Telegramm an die ‚Freien Offiziere‘ und wünschte ihnen Erfolg. Den Staatsstreich bezeichnete die Partei in einer Erklärung vom 16. Juli 1958 als eine «heilige Revolution» (Talabani 1970, 176).

21 Qasim, 1914 in Bagdad geboren, trat 1932 der ‚Königlichen Militärakademie‘ bei. Wie aus seinem persönlichen Tagebuch hervorgeht, nahm er sich in den 1930er Jahren oft frei, um sich im al-Rashid-Militärspital wegen seiner Nasenhöhlenentzündung behandeln zu lassen (Raouf 2012, 4). Das dürfte auch der Grund dafür gewesen sein, dass er nicht in die irakischen Luftstreitkräfte aufgenommen wurde (ebd.). Nachdem er in Grossbritannien die ‚Königliche Militärakademie‘ besucht hatte, stieg er in der irakischen Armee bis zum Rang eines Divisionärs auf.

allerdings geheim und ihre Mitglieder wurden sowohl verfolgt als auch zum Teil ins Gefängnis gebracht. Auf den zwei Parteikongressen 1951 in Bagdad und 1953 in Kirkuk rückte die DPK nach Streitigkeiten innerhalb des Politbüros nach links und errichtete Vereine für Studenten, Jungen und Frauen.²² Ibrahim Ahmed wurde ab 1951 Generalsekretär der DPK (Rashid 2017b, 60). Die Partei gab auch bis 1953 eine Zeitung namens «Rizgary» (‹Befreiung›) heraus. Ab 1953 ersetzte «Xebat» dann «Rizgary» als Parteizeitung (Naqshbandy 2019, 8). Ibrahim Ahmed war Chefredaktor von «Rizgary» und bis in die 1960er Jahre von «Xebat». Mullah Mustafa blieb jedoch Vorsitzender der Partei, weil er mittlerweile einen Heldenstatus bei vielen Kurden hatte. So gab Jalal Talabani²³ bekannt, Mullah Mustafa sei für ihn in jungen Jahren so heilig gewesen wie Mekka für die Muslime (Rashid 2017b, 34). Talabani machte gleichzeitig darauf aufmerksam, dass Hamza Abdullah einen grossen Fehler begangen habe, indem er Stammesführer und Scheichs in die Parteipolitik integrierte, und somit der kurdisch-nationalistischen Bewegung geschadet habe (ebd., 47–48). Entsprechend hinterliess die grosse Distanz zwischen dem Irak und der Sowjetunion viele Spuren zwischen dem religiös-konservativen Mullah Mustafa und den mehrheitlich städtisch-säkular-linken Mitgliedern des Politbüros und der Partei.

Damit schien die Zeit im irakischen Kurdistan stehen geblieben zu sein und die Politik sich im Kreis zu drehen. Während die städtisch-säkular-kurdischen Aktivisten, Intellektuellen und Offiziere in den 1920er Jahren einen ideologischen Kampf gegen die religiös-konservative Gruppe um Scheich Mahmud in Sulaimaniya geführt hatten, sahen sich 1958 die städtisch-säkular-linken Politiker einer religiös-konservativ-charismati-

22 Auf dem dritten Parteikongress im Jahr 1953 kam es zur Auseinandersetzung zwischen Ibrahim Ahmed und Hamza Abdullah. Daraufhin wurde Abdullah aus der Partei ausgeschlossen. Das zeigt, dass es nicht nur Meinungsunterschiede zwischen den Konservativen und den Liberalen, sondern auch unter den Liberalen selbst gab (Hersh 2003, 8). Das gilt auch für die Spannungen innerhalb der konservativen Fraktion ab dem Jahr 1958 zwischen Scheich Latif und Mullah Mustafa (Mazhar 2014, 503).

23 Mit vollen Namen heisst er Jalal Scheich Husameddin Scheich Nuri und wurde laut eigenen Angaben zwischen 1933 und 1934 im Dorf Kalkan in der Nähe von Koya geboren (Rashid 2017b, 21). Sein Vater gehörte dem Qadiriya-*Tariqat* an und pflegte ein *Tekyeh* (‹Konvent›) für seine Anhänger (ebd.). Entsprechend wuchs der später als Talal Talabani oder Mam Jalal (Onkel Jalal) bekannt gewordene kurdische Politiker in einem sowohl religiösen als auch wohlhabenden Umfeld auf. Er ging früh in die Politik und trat bereits 1947 der DPK bei (ebd., 37 ff.; Ali 2009, 2018).

schen Persönlichkeit wie Mullah Mustafa gegenüber – ganz abgesehen von den Rivalitäten innerhalb und zwischen den einzelnen Lagern, Gruppen und Stämmen. So blieben viele kurdische Stämme und Politiker zwischen 1918 und 1958 Grossbritannien und dem Irak treu. Diese Entwicklungen veranschaulichen, dass es den Kurden im Irak in diesen 40 Jahren nicht gelang, ihre Rivalitäten, ideologischen Kämpfe und einander widersprechenden Weltanschauungen zu überwinden und sich auf ein gemeinsames Konzept für die kurdische Frage im Irak zu einigen. So gesehen darf die Schuld dafür, dass die Kurden im Irak politisch leer ausgingen, nicht nur auf den Irak und Grossbritannien geschoben werden, vielmehr müssen auch die Rivalitäten unter den Kurden und die rückständig gebliebenen Strukturen der verschiedenen kurdischen Gesellschaften im Irak in den Blick genommen werden.

Bezüglich der politischen Entwicklungen im «Haschemitischen Königreich Irak» kann zusammenfassend gesagt werden, dass sie von Spannungen, Revolten, politischen Rivalitäten und Auseinandersetzungen geprägt waren. Dies führte dazu, dass das Parlament bei 16 Wahlen, die zwischen dem 16. Juli 1925 und dem 14. Februar 1958 abgehalten wurden, nur zweimal (1939 und 1948) seine Legislaturperiode von vier Jahren beenden konnte (Rasul 2012, 174). Des Weiteren wurde zwischen 1920 und 1958 seitens der irakischen Regierung 16 Mal der Ausnahmezustand ausgerufen (ebd., 176–177). Ferner waren die Kurden erst nach sechs Regierungsrunden, im Jahr 1924, mit einem Minister vertreten. Nur einmal konnte ein Kurde – Ahmed Mukhtar Baban, für weniger als zwei Monate zwischen dem 19. Mai und 14. Juli 1958 – als Premierminister agieren (Harb 2020). Mehrmals als Minister wurden unter anderem Ahmed Mukhtar Baban, Mohammed Amin Zaki Bag, Said Qazaz, Jalal Baban und der Sohn von Scheich Mahmud, Baba Ali, ernannt (ebd.). Ausserdem wurden im irakischen Königreich 59 Regierungen mit einer Gesamtanzahl von 636 Ministern gebildet (Markaz al-'Irāqy Lilma'lumāt Wa al-Dirāsāt 2007, 13). Davon waren 441 Minister und 55 Premierminister Sunniten sowie 167 Minister und vier Premierminister Schiiten (ebd.). Von den 59 Premierministern hatten 40 einen militärischen Hintergrund (ebd., 14). Diese Zahlen offenbaren, dass das irakische Königreich ein sunnitisch-arabischer Staat mit einer Dominanz des Militärs war. Zivile Politiker, Kurden und die schiitische Mehrheit der Bevölkerung hatten entsprechend das Nachsehen. Dazu waren nur elf Personen insgesamt 90 Mal Minister oder Premierminister (Rasul 2012, 175), obwohl die Regierung gemäss der Verfassung meistens aus sechs Ministern und einem Premierminister bestand (Harb 2020). Wei-

ter war die Schere zwischen Reich und Arm sehr gross. So besaßen je nach Quelle 2 480 bzw. 3 619 Personen im Jahr 1958 etwa 18 Millionen Dunam Boden, während vier Fünftel aller irakischen Familien über keinerlei Grundbesitz verfügten (Rasul 2012, 188; Sajjady 2017, 273).

Was die Rolle Grossbritanniens anbelangt, so haben die Briten im Irak mitgeholfen, dass die Kurden teilweise kulturelle und sprachliche Rechte erhielten. Versuche der Etablierung eines politischen Gebildes für die Kurden im Irak scheiterten allerdings am Widerstand der irakischen Regierung, an der Unentschlossenheit Grossbritanniens und der Zerstrittenheit der Kurden. Wird jedoch die Lage der Kurden im Irak zwischen 1918 und 1958 mit jener der Kurden in der Türkei, in Syrien und in Iran verglichen, so ist erkennbar, dass sie trotz der Kämpfe und der Zerstörung auch dank der Präsenz der Briten im Irak viel besser war. Dessen ungeachtet kann nicht bestritten werden, dass Grossbritannien im Irak eine widersprüchliche Politik verfolgte: Es setzte auf ein majoritäres politisches System mit einem starken Zentralismus, obwohl der Irak ein ausgeprägt heterogener Staat war. Gleichzeitig blieb Sulaimaniya bis 1924 unter britischer und kurdischer Kontrolle. Der König hatte viel Macht, obwohl er kein Iraker war. London setzte demnach auf die Loyalität des Königs gegenüber Grossbritannien. Die Verfassung enthielt kein Wort über den Status der Kurden, wenngleich Grossbritannien und die irakische Regierung den Kurden aber Anfang der 1920er Jahre des Öfteren versprachen, dass sie ihre politischen Rechte erhalten würden. Schliesslich deutet das Sykes-Picot-Abkommen darauf hin, dass London zumindest am Anfang der Besetzung koloniale Absichten im Irak hatte. Diesen schlechten Ruf vor Beginn der politischen Prozesse im Irak konnten die britischen Behörden im Laufe der Zeit nicht vollumfänglich loswerden. Das Vereinigte Königreich ermöglichte jedoch die Entstehung eines irakischen Staates trotz der komplexen gesellschaftlichen Strukturen im ganzen Land. Entsprechend waren seine Staatsbildungsbemühungen erfolgreich, während seine Nationenbildungsversuche scheiterten.

3.2 Die irakische Republik und die Kurdenfrage zwischen 1959 und 1975

Die Machtübernahme der ‹Freien Offiziere› und das Ende des ‹Haschemitischen Königreichs Irak› am 14. Juli 1958 markierten nicht nur eine Wende in der politischen Landschaft des Nahen Ostens, sondern boten auch

den Kurden im Irak eine neue Chance, sich aus der sich allmählich verfestigenden Ausweglosigkeit zu befreien. Die erste Erklärung der Offiziere am ersten Tag des Machtwechsels lautete: «Die Armee hat die schamlose Schicht gestürzt, die die Rechte des Volkes verachtet hat. Sie wird für das Volk arbeiten und eine Regierung bilden, die aus ihm entspringt und von ihm die Inspiration erhält. Dies wird jedoch nur durch eine Volksrepublik geschehen» (Rasul 2012, 200). Am Abend des 14. Juli 1958 wurden sowohl der ‹Souveränitätsrat›, der aus drei Personen – einem Sunniten (Mohammed Najib al-Ruba'i, Präsident des Rates), einem Kurden (Khaled al-Nakschbandi, Mitglied) und einem Schiiten (Mohammed Mahdi Kubba, Mitglied) – bestand, als auch eine neue Regierung unter der Führung von Abd al-Karim Qasim bekannt gegeben (ebd., 200–201). Der ‹Souveränitätsrat› durfte die Aufgaben des Präsidenten der Republik wahrnehmen, bis dieser gewählt war (ebd.). Stellvertretender Premierminister wurde Abdul-salam Arif.²⁴ Zudem war Qasim Verteidigungsminister und Oberbefehlshaber der irakischen Streitkräfte.

Damit entstand die erste irakische Republik nach dem Zerfall des Osmanischen Reiches. Weil die neue Führungsriege des Irak keine Legitimitätslücke aufkommen lassen und die alten Strukturen ändern wollte, begannen sofort Arbeiten an einer vorläufigen Verfassung für die Übergangszeit. Diese dauerten allerdings nur zwei Tage: Der Rechtswissenschaftler Husain Jamil wurde am 20. Juli 1958 seitens der irakischen Übergangsregierung zum Zweck des Entwurfs einer neuen Verfassung kontaktiert. Indem er die ägyptische Verfassung zum Vorbild nahm, stellte Jamil am 22. Juli seinen Verfassungsentwurf vor (Rasul 2012, 202). Am 27. Juli 1958 gab der Premierminister bekannt, dass der Irak eine neue vorläufige Verfassung habe. Während Artikel 2 den Irak als Teil der arabischen Nation bezeichnete, wurde in Artikel 3 festgeschrieben, dass die Kurden und die Araber Partner im neuen Staat seien. Die Verfassung werde dafür sorgen, dass die Rechte der arabischen und der kurdischen Nation in einem einheitlichen Irak gewährleistet seien, so Artikel 2 (Al-Dastur al-Mu'qat Li'am 1958). Damit wurden die Kurden und die Araber als zwei verschiedene Nationen im neuen Irak anerkannt. Zudem unternahmen die neuen Verwalter des

24 Arif wurde 1921 in Bagdad geboren und besuchte Militärschulen im Irak und in Deutschland. Er unterstützte den Militärputsch von Gailani von 1941. Nachdem Arif in der irakischen Armee verschiedene Posten innegehabt hatte, schloss er sich der Organisation der ‹Freien Offiziere› an, die Ende 1949 gegründet wurde. Er hatte bis Ende der 1950er Jahre eine enge Beziehung zu Qasim und bezeichnete ihn als Anführer.

Irak innenpolitisch weitere Schritte, um aufzuzeigen, dass der Irak einen Neustart unternehmen wolle. So blieb unter anderem der <Souveränitätsrat> bestehen, alle politischen Parteien und Gruppierungen wurden legalisiert und eine Amnestie für alle politischen Gefangenen und Geflüchteten ausgesprochen. Mit dem Agrarreformgesetz vom September 1958 sollte des Weiteren knapp die Hälfte des landwirtschaftlich nutzbaren Bodens umverteilt werden (Fürtig 2016, 67). Diese letztere Massnahme führte jedoch von Beginn an zu grossem Unmut bei den reichen Grossgrundbesitzern, Stammesführern und Scheichs.

Die Politik des neuen irakischen Regimes war auch im Bereich der Aussenpolitik revolutionär. So nahm der Irak diplomatische Beziehungen zur Sowjetunion auf, kündigte den Bagdadpakt²⁵ im Jahr 1959 und zwang alle britischen Truppen, noch im selben Jahr den Irak zu verlassen. Diese Änderungen gaben den verschiedenen kurdischen Gruppierungen die Möglichkeit, sich neu aufzustellen. Eine grosse Wende in der Entwicklung der Kurdenfrage im Irak markierte die Rückkehr von Mullah Mustafa in den Irak am 6. Oktober 1958. Er kehrte allerdings als 55-jähriger Mann zurück, der einen grossen Teil seines Lebens im sowjetischen Exil verbracht hatte, keine Erfahrung im Bereich der Parteipolitik hatte sammeln können und sich in erster Linie mit seinen Gefolgsleuten und seinem Stamm identifizierte. Das zeigten gleich seine ersten Worte, die er an Qasim bei ihrer ersten Begegnung richtete: «Ich, mein Stamm und meine Partei sind Soldaten für die Verteidigung der jungen irakischen Republik» (Sinjary 2013, 23) – die Partei wurde also nur nebenbei erwähnt. Mullah Mustafa war dankbar, dass Qasim seine Rückkehr ermöglicht hatte. Seine bedingungslose Loyalität Qasim gegenüber und die Tatsache, dass die Partei von ihm nur als Nebensache gesehen wurde, führten sehr früh zu Unstimmigkeiten zwischen den Mitgliedern des Politbüros der DPK und Mullah Mustafa. Hinzu kam, dass die DPK wie schon erwähnt aus verschiedenen Flügeln bestand und es Rivalitäten zwischen den verschiedenen Lagern der Partei gab.

Zu einer Verschlechterung der Beziehung zwischen Qasim und Mullah Mustafa trugen allerdings früh verschiedene Faktoren bei: Qasim war ein irakischer Nationalist, der weder an eine kurdische noch an eine arabische

25 Der Bagdadpakt, auch bekannt als CENTO (Central Treaty Organization), war ein von 1955 bis 1979 existierendes Militärbündnis, das den Irak, Iran, Grossbritannien, die Türkei und Pakistan als Mitglieder hatte. Die USA ihrerseits hatten einen Beobachterstatus im Bündnis.

Nation glaubte. Für ihn stand der Staat Irak an oberster Stelle. Das war auch für das Politbüro der DPK ein Problem (Rashid 2017b, 167) und verursachte zudem Unstimmigkeiten zwischen Qasim und den Anhängern des panarabischen Nationalismus, die von Abdulsalam Arif und der Baath-Partei²⁶ angeführt wurden. Die Agrarreform benachteiligte auch jene Stammesführer, die mit den Barzanis verbündet waren. Rivalisierende Stämme wurden zudem von Qasim bewaffnet, weil sie bereits in den 1940er Jahren an seiner Seite gekämpft und sich bei ihm über die Bewaffnung von Barzanis Gefolgsleuten beschwert hatten (Rashid 2017b, 157 ff.). Des Weiteren wurde der Irak nicht demokratisiert, und Qasim war der Ansicht, dass er gleichzeitig sowohl gegen die Ambitionen seiner Rivalen als auch der verschiedenen politischen Gruppierungen vorgehen könne. Ferner isolierte die Forderung Mitte 1961, Kuwait als eine Gemeinde der Provinz Basra im Südirak zu sehen, Qasim international. Iran und die Türkei, die unter anderem darüber unglücklich waren, dass die Kurden in der vorläufigen irakischen Verfassung als eine selbstständige Nation anerkannt wurden, befeuerten eine mögliche Entmachtung Qasims.

So unterstützte Iran Anfang 1961 jene Stämme im irakischen Kurdistan, die bewaffnet gegen die irakische Regierung und ihre Agrarreform vorgingen. Als sie im September 1961 auch von Mullah Mustafa Hilfe bekamen, begann jene kriegerische Auseinandersetzung zwischen Bagdad und den Anhängern von Barzani, die bei vielen Kurden noch heute als September-Revolution (*Shorshy Aylul*) bekannt ist. Das Politbüro der DPK, das links-säkular orientiert war, sprach sich allerdings gegen den Aufstand der Stämme und für die Agrarreform aus (Rashid 2017b, 158 ff.). Es war gleichzeitig gegen den politischen Kurs des irakischen Regimes und sah ihn als autokratisch an. So rief es am 6. September 1961 im Andenken an die Opfer der Demonstrationen vom 6. September 1930 alle Kurden im Irak dazu auf, friedlich gegen die Politik von Qasim zu demonstrieren und zu streiken (ebd., 181–182). Als die Menschen in vielen kurdischen Städten auf die Strassen gingen, wurden sie jedoch durch die irakische Luftwaffe bombardiert. Die Lage im irakischen Kurdistan eskalierte und führte zu einem ununterbrochenen Kampf der kurdischen Peschmerga-Einheiten ge-

26 Die Baath-Partei wurde Ende der 1930er Jahre von Michel Aflaq und Salah ad-Din al-Bitar in Damaskus gegründet; ein genaues Datum gibt es nicht (Mustafa 2007, 47 ff.). Im Irak breitete sich die Partei ab 1948 sukzessive aus (ebd., 63). Ihr Motto lautet: «Einheit, Freiheit und Sozialismus». Dabei wird in erster Linie für einen panarabischen Nationalismus geworben und alle Araber werden als Angehörige einer einzigen Nation gesehen.

gen die Pro-Bagdad-Truppen, der mit dem Sturz der irakischen Regierung am 8. Februar 1963 endete.

In einem Staatsstreich entmachteten die Anhänger der Baath-Partei und die Befürworter eines panarabischen Nationalismus Qasim am 8. Februar 1963 und liessen ihn einen Tag später hinrichten. Die Anführer des militärischen Putsches, die sich *«Nationalrat für die Führung der Revolution»* nannten, gaben am Tag des Umsturzes bekannt, sich unter anderem die Herausbildung einer einheitlichen Nation und die Beteiligung der Bürger an der Verwaltung zum Ziel setzen zu wollen (Rasul 2012, 215). Dass die neuen Verwalter des Irak mit *«der Nation»* eine arabische Nation meinten, zeigt die vorläufige irakische Verfassung von 1963: Dort stand kein Wort über die Kurden, und Artikel 1 bezeichnete das irakische Volk als Teil der arabischen Nation; Ziel sei eine umfassende arabische Einheit. Die Regierung werde alles daran setzen, diese Einheit – die mit einer *«Vereinigten Arabischen Republik»*²⁷ beginnen solle – so schnell wie möglich zu realisieren, so Artikel 1 weiter (*“Al-Dastur al-Mu’qat Li’äm 1963”* 1964). All das dürfte eine grosse Enttäuschung für Mullah Mustafa und seine Anhänger gewesen sein, weil sie die Wende ursprünglich begrüsst und einen einseitigen Waffenstillstand ausgerufen hatten (Mustafa 2007, 179–180). Zudem hatte die DPK vor der Durchführung des Staatsstreichs mit der Führungsriege der militärischen Anti-Qasim-Bewegung in Kontakt gestanden. Letztere hatte der Partei versprochen, bei einer erfolgreichen Durchführung des Umsturzes die politischen Rechte der Kurden durchzusetzen (Barzani 2002, 81).

Der Irak wurde zusätzlich militarisiert, nachdem die Anhänger des Präsidenten Abdulsalam Arif am 18. Februar 1963 mit Panzern die Strassen Bagdads besetzt, den Nationalrat aufgelöst und Arif zum neuen Chef des Nationalrates (der abgesehen von Abdul Rahman al-Bazaz nur aus Militäroffizieren bestand) ernannt hatten. Arif wurde zusätzlich zum Oberbefehlshaber der irakischen Streitkräfte gekürt (Rasul 2012, 220–221). Das erschwerte eine Einigung mit den Vertretern von Mullah Mustafa, die ab dem 8. Februar 1963 mit der neuen irakischen Führung über den zukünftigen Status der Kurden im Irak verhandelten. Mullah Mustafa forderte von der irakischen Regierung die Schaffung einer autonomen Region Kurdistan, die von den Kurden verwaltet werden sollte. Diese Forderung lehnte

27 Die Vereinigte Arabische Republik war ein Zusammenschluss der arabischen Staaten Ägypten und Syrien, der von 1958 bis 1961 bestand.

Bagdad vehement ab und nahm die kurdischen Unterhändler am 10. Juni 1963 fest. Gleichzeitig griffen die irakischen Streitkräfte die Stützpunkte der kurdischen Peschmerga-Einheiten am selben Tag an (Mustafa 2007, 185). Diese militärischen Kampfhandlungen, Bombardierungen der von den Kurden besiedelten Gebiete, Massenverhaftungen und Tötungen von Hunderten kurdischen Zivilisten seitens des irakischen Militärs dauerten bis November 1963 an (ebd.). Doch die internen Machtkämpfe zwischen den Nasseristen²⁸ und den Baathisten sowie der irakischen Armee und der irakischen Nationalgarde, die mit einem erneuten Putsch und der Machtübernahme von Arif am 18. November 1963 endeten, führten ab November 1963 zu einem punktuellen Waffenstillstand zwischen der Zentralregierung und Mullah Mustafa. Arif, der seine Macht konsolidieren und seine Rivalen beseitigen wollte, benötigte eine gewisse Ruhe in den kurdischen Gebieten, um nicht an verschiedenen Fronten kämpfen zu müssen (Barzani 2002, 123–124). Entmachtet wurden unter anderem die Baathisten und ihr Anführer Ahmad Hasan al-Bakr.²⁹

So führten erneute Verhandlungen zwischen der irakischen Zentralregierung und den Vertretern von Mullah Mustafa am 10. Februar 1964 zu einer Übereinkunft mit Blick auf den zukünftigen Status der Kurden im Irak. Der irakische Präsident Arif erklärte sich unter anderem bereit, die Rechte der Kurden in einem einheitlichen Irak zu gewährleisten und alle politischen Gefangenen freizulassen. Die Erklärung beinhaltete neun Punkte. Daraufhin forderte Mullah Mustafa seine Anhänger als Zeichen des guten Willens auf, nach Hause zu gehen und ihr Leben wie gewohnt weiterzuführen. Zudem erklärte er das Ende der Kämpfe (Barzani 2002, 128–129). Das Politbüro der DPK, das seit Monaten mit Mullah Mustafa im Streit lag, lehnte das Abkommen, in dem es eine Art Kapitulation sah, jedoch ab und wollte den Kampf fortsetzen (Rashid 2017b, 275). So eskalierten die Meinungsverschiedenheiten zwischen Mullah Mustafa und dem Politbüro der DPK ab Mitte 1964 und führten zu militärischen Auseinandersetzungen sowie zur Verbannung der Anhänger des Politbüros aus dem Irak.

Diese Ereignisse waren der Beginn jener Spaltung innerhalb der DPK, die nicht nur den Kurden im Irak schwer schadete, sondern auch eine erhebliche Schwächung der DPK verursachte. Denn während der militärische

28 In Anlehnung an die Anhänger des damaligen ägyptischen Präsidenten Jamal Abdel Nasser, der im Juli 1952 König Faruk I. gestürzt und eine Republik gegründet hatte. Nasser wurde 1918 geboren und starb 1970 in Kairo.

29 Ahmad Hasan al-Bakr wurde 1914 in Tikrit geboren und ist 1982 in Bagdad gestorben.

Flügel der Partei mehr oder weniger bei Mullah Mustafa blieb, floh ein grosser Teil des politischen Flügels der DPK mit dem Politbüro nach Iran. Die iranische Regierung, die über ihre kurdischen Nachrichtendienstagenten sowohl mit Mullah Mustafa als auch mit dem Politbüro der DPK in Kontakt stand, hatte kein Interesse an einem Ende der Kämpfe zwischen der irakischen Zentralregierung und den kurdischen Peschmerga-Truppen (Barzani 2002, 133 ff.). Die Beziehungen zwischen Iran und dem Irak waren schlecht; Iran wollte das Nachbarland um jeden Preis schwächen (Babanzadeh 2019, 21–22). Das gilt allerdings auch für die Golfstaaten, die den panarabischen Nationalismus fürchteten und daran interessiert waren, die irakische Armee im Norden des Irak beschäftigt zu halten.³⁰ Auch Grossbritannien präferierte eine Fortdauer der Kämpfe im irakischen Kurdistan, damit die irakischen Streitkräfte unter anderem Kuwait nicht angreifen würden (Sherko 2016, 12). Diese Internationalisierung der Kurdenfrage hatte zwar Vorteile für den kurdischen Widerstand in Form militärischer und finanzieller Unterstützung, war aber auch mit grossen Risiken verbunden. Denn je nach politischen und militärischen Entwicklungen im Nahen Osten konnten die Verbündeten der verschiedenen kurdischen Gruppierungen schnell zu Gegnern werden.

Genau dies widerfuhr den Mitgliedern des Politbüros der DPK in Iran: Als die Kämpfe zwischen der irakischen Zentralregierung und den Anhängern von Mullah Mustafa im Jahr 1965 wieder aufflammten, intensivierte Iran seine Beziehungen zum Barzani-Lager und zwang die Mitglieder des Politbüros zur Rückkehr in den Irak. Nach Verhandlungen akzeptierte Mullah Mustafa ihre Wiederaufnahme in die DPK und ermöglichte ihnen die Rückkehr in den Irak. In Anbetracht dessen, dass es kein Vertrauen mehr zwischen Mullah Mustafa und den Mitgliedern des Politbüros, angeführt von Ibrahim Ahmed und Jalal Talabani, gab, floh ein Teil der Politbüro-Angehörigen im Jahr 1966 in von der irakischen Regierung kontrollierte Gebiete. Ab diesem Jahr kämpften die Peschmerga-Einheiten des Politbüros der DPK unter der Führung von Jalal Talabani an der Seite der irakischen Regierung gegen die Peschmerga-Kräfte von Barzani. Auch jene Stämme,

30 Um dem panarabischen Nationalismus entgegenzuwirken, bat der damalige König von Saudi-Arabien, Faisal Bin Abdulaziz, am 27. Dezember 1966 den US-amerikanischen Präsidenten, Lyndon B. Johnson, um die Unterstützung des kurdischen Aufstandes im Nordirak unter der Führung von Mullah Mustafa und um die Errichtung einer kurdischen autonomen Region. Zum Inhalt seines Briefes an den damaligen amerikanischen Präsidenten vergleiche (Ali 2017).

die Rivalitäten mit den Barzanis hatten, sowie kurdische Söldner unterstützten die Bagdader Angriffe gegen Mullah Mustafa. Dadurch kämpften an der Front mehrheitlich Kurden gegeneinander. Diese Kampfhandlungen, die im Jahr 1966 begannen, sind bei den Kurden als der Krieg zwischen *Jalali und Malali* bekannt.³¹

Die irakische Republik sah sich allerdings nicht nur mit dem Widerstand der verschiedenen kurdischen Gruppierungen im Norden des Landes konfrontiert, sondern auch mit internen Machtkämpfen in Bagdad, die erneut in einen Staatsstreich mündeten und die Baath-Partei an die Macht brachten. Am 17. Juli 1968 gelang den Baathisten die friedliche Entmachtung des irakischen Präsidenten Abdulrahman Arif³², der seit dem Tod seines Bruders Abdulsalam Arif im Jahr 1966 den Posten innegehabt hatte und der nun mit einem Flugzeug in das Londoner Exil geschickt wurde (Mustafa 2007, 196–197). Präsident des Irak wurde Ahmad Hasan al-Bakr; Saddam Hussein wurde im Jahr 1969 sein Vizepräsident. Jalal Talabani pflegte nach eigenen Worten eine enge Beziehung zu al-Bakr und wusste von dessen Putschplänen, weil dieser ihn darüber informiert hatte. Al-Bakr versprach Talabani bei dieser Gelegenheit, die Rechte der Kurden zu gewährleisten, sollte er an die Macht kommen (Rashid 2017b, 346). Die neuen Machthaber im Irak kontaktierten auch Mullah Mustafa und baten ihn, zwei Personen für zwei Ministerposten, die für ihn und seine Gefolgsleute bestimmt waren, zu benennen. Die Anhänger von Ibrahim Ahmed und Jalal Talabani erhielten ebenfalls einen Ministerposten, obwohl Mullah Mustafa dagegen protestierte. Dies geschah allerdings erst nach einem zweiten Putsch der Baathisten am 30. Juli 1968, da der Talabani-Flügel der DPK bei der ersten Regierungsbildung noch nicht berücksichtigt worden war (Rashid 2017b, 347 ff.). Die irakische Regierung wollte nicht, dass jene kurdischen Kräfte, die an der Seite der Bagdader Truppen gegen die Peschmerga-Einheiten von Mullah Mustafa gekämpft hatten, leer ausgingen (Barzani 2002, 203 ff.).

Die neue Führungsriege des Irak unternahm weitere Schritte zur Lösung der Kurdenfrage. So wurde eine neue Provinz Dohuk, die aus den mehrheitlich von den Kurden besiedelten Gebieten der Provinz Mossul bestehen sollte, in Aussicht gestellt. Zudem wurde die Herausgabe von kurdischen Zeitungen und Magazinen erlaubt, die Universität Sulaimaniya

31 Jalali wurden jene Peschmerga genannt, die an der Seite von Jalal Talabani kämpften, und Malali jene, die an der Seite von Mullah Mustafa waren.

32 Abdulrahman Arif kam 1914 auf die Welt und starb 2007.

gegründet und Newroz³³ als offizieller Feiertag anerkannt. Es folgten weitere Massnahmen im kulturellen Bereich, die allerdings den politischen Forderungen der verschiedenen kurdischen Gruppierungen nicht entsprachen (Amin 1997, 97). In der Tat waren diese Reformen nur Massnahmen der Machtkonsolidierung und zur Vorbereitung für den nächsten militärischen Einsatz gegen die kurdischen Widerstandskämpfer im Nordirak. So kam es Anfang 1969 wieder zu erbitterten Kämpfen zwischen den Pro-Bagdad-Truppen und den Anhängern von Mullah Mustafa (Barzani 2002, 213 ff.). Keine der beiden Seiten konnte jedoch einen Durchbruch erzielen. Weil die Sowjetunion kein Interesse an weiteren kriegerischen Auseinandersetzungen im Irak hatte, intervenierte sie zugunsten einer friedlichen Lösung des Konflikts. In einem Interview mit dem Verfasser dieser Arbeit beschrieb Dr. Mahmud Othman, der damalige Chefunterhändler des Barzani-Lagers, die Annäherungsversuche zwischen Bagdad und Mullah Mustafa wie folgt:

«Ich war damals Chef der kurdischen Delegation für die Verhandlungen mit Bagdad. Wir hatten damals drei Monate indirekt Kontakt zueinander. Die Sowjetunion war unser Kontaktpartner. Die Sowjetunion wollte, dass wir uns einigen, weil sie eine Vereinbarung mit Bagdad treffen wollten, das haben sie auch im Jahr 1972 gemacht. Wir hatten immer Kontakt zur Sowjetunion, Mullah Mustafa war mehrere Jahre dort. So gab es einen indirekten Austausch zwischen Bagdad und uns. Im Dezember 1969 kam es dann zur ersten direkten Kontaktaufnahme. Bis zur Übereinkunft gab es mehrere Gespräche. Mal haben sie uns besucht, mal wir sie usw. Wie kam es zu diesem Abkommen? Als die Baathisten an die Macht kamen – die Baathisten glauben nicht an die Kurdenfrage und sehen Kurdistan als Teil der arabischen Welt –, haben sie uns ein Jahr lang bekämpft und davon profitiert, dass wir und die Kollegen des Politbüros [der DPK] zerstritten waren. Es gab in den Jahren 1967 und 1968 auch Kämpfe zwischen uns. Trotz alledem konnten sie uns nicht bezwingen. Wir und die kurdische Revolution waren immer noch da. Aus diesem Grund kamen sie auf die Idee, sich mit uns zu einigen. So haben wir uns zum ersten Mal in der Geschichte des Irak im Jahr 1970 auf eine Autonomie für uns Kurden geeinigt» (siehe Anhang 4).

33 Newroz (der neue Tag) wird von den Kurden und anderen Völkern im Nahen Osten als der Beginn des neuen Jahres gefeiert. Er fällt auf den 21. März und wird mit grossen Feierlichkeiten begangen.

Zu erwähnen ist, dass Saddam Hussein laut Masud Barzani³⁴ ausschlaggebend dafür war, dass es zur Übereinkunft vom 11. März 1970 kam (Barzani 2002, 234 ff.). Dieses Abkommen war die grösste Errungenschaft der kurdisch-nationalistischen Bewegungen im modernen Irak und bestand aus 15 Punkten. Unter anderem wurden die Rechte der Kurden anerkannt, und es wurde eine autonome Region Kurdistan akzeptiert, die von den Kurden verwaltet werden sollte (Sinjary 2013, 128 ff.). Zudem stellte die Vereinbarung eine Revision der vorläufigen irakischen Verfassung von 1968 in Aussicht, die die Kurden nicht erwähnte und den Irak als Teil der arabischen Nation ansah ("Al-Dastur al-Mu'qat Li'am 1968" 1968). Die Verfassung wurde tatsächlich im Juli 1970 revidiert: Artikel 5 besagte nun, dass die irakische Nation aus den zwei Hauptnationen Kurden und Arabern bestehe. Artikel 7 sah die kurdische Sprache neben der arabischen als Hauptsprache in den kurdischen Gebieten vor ("Al-Dastur al-Mu'qat Li'am 1970" 1970).

Die Annäherung zwischen Bagdad und dem Lager von Mullah Mustafa war allerdings eine herbe Niederlage für die Anhänger des Politbüros der DPK. So begannen unter anderem die Baathisten die Angehörigen des Politbüros zu bekämpfen. Nawshirwan Mustafa Amin³⁵ beispielsweise, der eine aktive Rolle in den Reihen des Politbüros spielte, wurde zum Tode verurteilt und war gezwungen, sich zu verstecken, bis er Anfang der 1970er Jahre den Irak in Richtung Österreich verliess (Rashid 2017b, 356). Ibrahim Ahmed reiste Mitte der 1970er Jahre aufgrund von Krankheiten nach London und kehrte in den 1970er und 1980er Jahren nicht mehr in den Irak zurück (ebd.). Was Jalal Talabani und seine Anhänger anbelangt, so wurden sie laut Angaben Talabanis von Mullah Mustafa kontaktiert, damit sie zu ihm zurückkehrten (Rashid 2017b, 361). Nach einigen Begegnungen zwischen Mullah Mustafa und den Mitgliedern des Politbüros der DPK kamen Talabani und seine Anhänger schliesslich am 15. Oktober 1970 in das Barzani-Lager zurück (ebd., 366). Masud Barzani schreibt jedoch, dass es ursprünglich Jalal Talabani gewesen sei, der Mullah Mustafa kontaktiert

34 Masud Barzani ist der Sohn von Mullah Mustafa und wurde am 16. August 1946 in Mahabad in Iran geboren. Er wurde bereits Ende der 1960er Jahre einer der wichtigen Entscheidungsträger innerhalb der DPK.

35 Nawshirwan Mustafa Amin wurde am 22. Dezember 1944 in Sulaimaniya geboren und verstarb am 19. Mai 2017. Er bekleidete insbesondere ab 1975 verschiedene wichtige politische Posten in den Reihen der kurdisch-nationalistischen Bewegungen. Zudem verfasste er Dutzende Bücher und Artikel über unterschiedliche Facetten der kurdischen Geschichte.

habe (Barzani 2002, 254). Jalal Talabani verliess dann zwei Jahre nach der Wiedervereinigung der Bewegung den Irak und kehrte vorerst nicht zurück, weil er sein Vertrauen in Barzani verloren hatte. In einem Brief an Mullah Mustafa schrieb er, dass er es bereue, an der Seite der irakischen Regierung gegen ihn gekämpft zu haben (Rashid 2017b, 369–370).

Auf innerirakischer Ebene bedeuteten die neuen Entwicklungen in der kurdischen Frage einen Sieg für das Lager von Saddam Hussein. Auf kurdischer Seite war zwar eine historische Etappe erreicht worden, aber grosse Teile der links-säkularen Fraktion der DPK standen als Verlierer und in den Augen der Barzani-Anhänger als Verräter da. Diese Kluft hat den kurdisch-nationalistischen Widerstand bis heute nachhaltig geschwächt. Die neuen Ereignisse führten zudem dazu, dass Mullah Mustafa noch stärker wurde. Auf regionaler und internationaler Ebene stellte das Abkommen vom 11. März 1970 einen Sieg für die sowjetische Diplomatie und eine Niederlage für die Politik Irans dar (Babanzadeh 2019, 26–27). Entsprechend unglücklich soll Mohammad Reza Pahlavi³⁶ über die Aufnahme der Gespräche gewesen sein und Mullah Mustafa im Januar 1970 in Teheran davor gewarnt haben, sich mit der irakischen Zentralregierung zu einigen (Barzani 2002, 236–237). Als die Übereinkunft erzielt wurde, drohte Iran dem Barzani-Lager gar mit Konsequenzen (ebd.). Da jedoch die irakische Regierung die Vereinbarung – insbesondere in der Frage jener Gebiete um die Stadt Kirkuk, die reich an natürlichen Ressourcen sind und von den Kurden beansprucht wurden – nicht umsetzte, kam es schnell zu einem erneuten Misstrauen zwischen Bagdad und der DPK. Auch die kurdische Teilhabe an der irakischen Verwaltung wurde den Kurden verweigert (Babanzadeh 2019, 37). Als einem gescheiterten Mordanschlag im September 1971 auf Mullah Mustafa weitere folgten, verschlechterte sich die Beziehung der Kurden um Mullah Mustafa zur Bagdader Zentralregierung zusätzlich (Barzani 2002, 361 ff.).

Entsprechend kam die Bekanntgabe des Gesetzes über die Selbstverwaltung für die Region Kurdistan am 11. März 1974 seitens des Kommandantes der irakischen Revolution, der sowohl die Macht der Exekutive als auch jene der Legislative innehatte, der Führungsriege der DPK nicht entgegen (*“Al-Ḥukem al-Dhāty Limanṭeqa Kurdistan”* 1974). Deren Gegenvorschlag wurde vom Präsidenten des Irak und der Führung der Baath-Partei in einem langen Brief abgelehnt (Babanzadeh 2019, 38). Die kriegerische

36 Pahlavi kam 1919 in Teheran auf die Welt und starb 1980 in Kairo. Er war von 1941 bis 1979 der letzte Schah Irans.

Auseinandersetzung schien nun wieder das letztmögliche Mittel für die Durchsetzung des eigenen Willens im irakischen Kurdistan zu sein, und die Zentralregierung schien sich stark genug zu fühlen, um den kurdischen Widerstand niederzuschlagen. Doch ein Jahr Kampf brachte für die irakische Regierung nicht das gewünschte Ziel. Sie konnte zwar die meisten kurdischen Städte erobern, aber die kurdischen Dörfer und Bergregionen entlang der irakisch-iranischen Grenze blieben unter der Kontrolle der kurdischen Widerstandskämpfer. Zudem verfügten die kurdischen Peschmerga-Einheiten zum ersten Mal in der Geschichte des modernen Irak über 50 000 aktive Kämpfer und zusätzliche Reservisten (ebd., 42–43). Andere Quellen sprechen gar von 150 000 aktiven Peschmerga-Kämpfern (Nuri 2018, 38).

Angesichts dessen kam Saddam Hussein auf seine Drohung zurück: Im März 1974 soll er Idris Barzani³⁷, dem Sohn von Mullah Mustafa, als Chef einer kurdischen Delegation in Bagdad mitgeteilt haben, dass der Irak bereit sei, auf den Schatt al-Arab zugunsten Irans zu verzichten, um so Iran von seiner Unterstützung der Kurden im Irak abzubringen und damit den kurdischen Widerstand niederschlagen zu können (Barzani 2002, 296). Saddam Hussein soll in dem Gespräch hinzugefügt haben, dass seine Truppen die kurdischen Peschmerga-Truppen nur ein Jahr lang bekämpfen würden. Sollten die kurdischen Kämpfer dann immer noch nicht besiegt sein, würde er ein Abkommen mit dem Schah schliessen (Amin 1997a, 19–20). Am 6. März 1975 liessen sowohl Teheran als auch Bagdad ihren Drohungen Taten folgen und schlossen in der algerischen Hauptstadt Algier eine Übereinkunft, die das vorläufige Ende des kurdischen Widerstandes im Irak markierte. Die als «Abkommen von Algier» bekannt gewordene und aus vier Punkten bestehende Einigung zwischen dem irakischen Vizepräsidenten Saddam Hussein und dem iranischen Schah nannte zwar die Kurden nicht beim Namen, sah aber im Punkt drei vor, dass beide Länder dafür sorgen würden, dass es an ihrer Grenze zu keinen Sabotageaktivitäten mehr komme. Im Gegenzug wurde im Punkt zwei vereinbart, dass die Wassergrenzen gemäss den «Talweglinien»³⁸ gezogen würden (Babanzadeh 2019, 73 ff.). Damit kam Iran dem Irak in Punkt zwei entgegen, während der Irak in Punkt drei Iran eine Teilhabe an Schatt al-Arab ermöglichte. Der

37 Idris Barzani, der bereits Ende der 1960er Jahre eine der wichtigsten Personen in der DPK war, wurde 1944 geboren und starb 1987. Er war der Vater von Nechirvan Barzani, dem heutigen Präsidenten der ARK.

38 Damit ist die Verbindungslinie der tiefsten Punkte aller Querprofile in der Längsrichtung eines Flusses, Bachs, Kanals oder Tals gemeint.

Irak war also dazu bereit, Grenzverschiebungen zu akzeptieren, um den kurdischen Widerstand im Keim zu ersticken.

Nach der Bekanntgabe des Abkommens traf Mullah Mustafa den Schah am 12. März 1975 in Teheran. Der Schah teilte ihm mit, dass Iran seine Streitigkeiten mit dem Irak zu dessen Gunsten beigelegt habe und dementsprechend nicht mehr den kurdischen Aufstand unterstütze. Den kurdischen Peschmerga-Kämpfern stehe es frei, nach Iran zu kommen oder im Irak zu bleiben. «Saddam Hussein versprach mir, dass er eine Amnestie für die Peschmerga-Truppen ausspricht», so der Schah weiter (Amin 1997a, 29). Nachdem Mullah Mustafa am 13. März 1975 ins irakische Kurdistan zurückkehrte, traf er sich mit der Führungsriege und den Kommandanten der DPK, um einen Beschluss zur Zukunft des kurdischen Widerstandes zu fassen. Dabei zeigte sich bei den meisten Mitgliedern der DPK die Entschlossenheit, den Kampf der Kurden fortzusetzen (DPK 1997, 74 ff.). Mullah Mustafa, der mittlerweile der alleinige Entscheidungsträger der kurdischen Rebellion und Hoffnungsträger der meisten Kurden im Irak war, entschied sich jedoch für ein Ende des kurdischen Aufstandes im Irak. Dieser Entschluss wurde von vielen Gegnern, aber auch von Anhängern Mullah Mustafas kritisiert, weil in ihren Augen die kurdische Erhebung aus militärischer, finanzieller und logistischer Sicht hätte weitergeführt werden können: «Es mangelte an nichts, um den Kampf weiterführen zu können», so ihre Argumentation (Amin 1997a, 30 ff.; DPK 1997, 74 ff.; Nuri 2018, 43–44; Sinjary 2013, 45–46). Masud Barzani hingegen zeigt rückblickend Verständnis für seinen Vater und findet es mutig, eine so schwierige Entscheidung zu treffen. Zudem macht er darauf aufmerksam, dass Mullah Mustafa damals 72 Jahre alt und schwer krank war (Barzani 2002, 15 ff.). Tatsächlich starb Mullah Mustafa infolge seiner Krankheit im März 1979 im Alter von 76 Jahren in den USA (ebd., 422.).

Der März des Jahres 1975 markierte damit ein vorläufiges Ende des kurdischen Kampfes im Irak, der nach jahrelangen kriegerischen Auseinandersetzungen mit der irakischen Zentralregierung zur Zerstörung vieler kurdischer Wohngebiete, zur Flucht und Auswanderung von Tausenden Menschen in die Nachbarländer und ins Ausland sowie zum Tod vieler Menschen auf beiden Seiten geführt hatte. Die Rechte der Kurden im Irak verbesserten sich, ähnlich wie in der irakischen Monarchie, nur im kulturellen Bereich. So gab es fortan kurdische Schulen in fast allen Regionen des irakischen Kurdistan, die kurdische Kultur wurde gefördert und Universitäten wurden eröffnet. Der kurdische Widerstand jedoch war zerstritten wie nie zuvor und zutiefst schockiert. Von dem hoffnungsvollen

Beginn der kurdischen Selbstverwaltung im Jahr 1970, die allerdings ähnlich wie bei Scheich Mahmud von den Konservativen, Stammesführern und der Familie von Mullah Mustafa geführt worden war und kaum Platz für oppositionelle und säkulare Gruppierungen gelassen hatte, blieb kaum etwas übrig. Mullah Mustafas Fehlkalkulation, während des Kalten Krieges sowohl auf den Ost- als auch auf den Westblock setzen zu können, forderte einen hohen Preis, denn er stand am Ende ohne jegliche Unterstützung da. Zudem verstehen viele kurdische Intellektuelle und Politiker bis heute nicht, warum Mullah Mustafa die irakischen und iranischen Warnungen von 1974 bzw. 1970 nicht ernst genommen und keine entsprechenden Vorkehrungen gegen das Abkommen von Algier getroffen hatte.

Was die Politik der irakischen Regierung ab 1975 anbelangt, so begann sie mit der Beschleunigung jenes Arabisierungsprozesses des Irak, der laut Geheimdokumenten des britischen Außenministeriums bereits in den 1960er Jahren eingesetzt hatte (Sherko 2016, 10). Zudem wurden ab 1975 die meisten kurdischen Dörfer in den schwer zugänglichen Bergen und an der Grenze zu Iran zerstört und ihre Einwohner gezwungen, in neu gebauten und leicht zugänglichen Wohnkomplexen zu leben. Dieser Prozess führte nicht nur zur Verbannung von über einer Million Menschen aus ihren einstigen Wohngebieten, sondern unter anderem auch dazu, dass viele junge Männer, die zuvor in den Dörfern gearbeitet hatten oder Peschmerga-Kämpfer gewesen waren, nun beschäftigungslos wurden. Das kam dem irakischen Regime zugute, das damit anfang, militärische Einheiten für jene kurdischen Staatsangehörigen aufzubauen, die nicht in der irakischen Armee dienen wollten; sie wurden später als ‹leichte Regimenter› bekannt. Auf diese Weise konnte auch der Baathisierungsprozess im Irak beschleunigt und zugleich verhindert werden, dass sich diese jungen Männer wieder den Peschmerga-Kämpfern anschlossen. Auch in den Schulen wurde Kindern und jungen Erwachsenen beigebracht, wie wichtig die Baath-Partei und die Verteidigung des Landes seien. So erreichte der Baathisierungsprozess unterschiedliche Teile der kurdischen Gesellschaft und erschwerte eine Wiedererstarkung des kurdischen Widerstandes.

3.3 Spaltungen und Widerstand zwischen 1976 und 1991

Das Ende des kurdischen Widerstandes unter der Führung von Mullah Mustafa gab rivalisierenden kurdischen Kräften die Möglichkeit, sich neu aufzustellen. So kam es bereits ab 1975 zur Gründung neuer kurdischer

politischer Parteien. Die wichtigste davon war die Patriotische Union Kurdistan (PUK), die laut Angaben von Jalal Talabani am 22. Mai 1975 unter seiner Führung und der Beteiligung sechs weiterer Personen, darunter N. M. Amin, in der syrischen Hauptstadt Damaskus gegründet wurde (Rashid 2017a, 31–32). Der offizielle Gründungstag der Partei ist allerdings der 1. Juni 1975. Die PUK bestand von Beginn an aus drei Flügeln, die mehr oder minder unabhängig voneinander arbeiteten. Dies waren der marxistisch-leninistische Flügel, bekannt als *Komala* (‘Gruppe’), der aus jungen Menschen bestand und für militärische Operationen zuständig war; der patriotische Flügel, bekannt als *Shorshgeran* (‘Revolutionäre’), der sich hauptsächlich für die politischen Belange der Kurdenfrage einsetzte und den Marxismus ablehnte; und letztlich der aristokratische Flügel, bekannt als *Khati Pan* (‘breite Linie’), der sich aus Aghas und Stammesführern rekrutierte und Talabani näherstand (Nuri 2018, 45–46). Aufgrund dieser Zusammensetzung der PUK zeigte sich früh, dass die Partei, ähnlich wie die DPK bis in die späten 1970er Jahre, sich mit grossen innerparteilichen Unruhen auseinandersetzen musste. Tatsächlich kam es bereits Ende der 1970er Jahre zum Kampf zwischen und innerhalb der verschiedenen Flügel der Partei, der teilweise mit Abspaltungen von der PUK endete (Rashid 2017a, 105 ff.).

In der DPK wiederum machten sich Idris und Masud Barzani an den Wiederaufbau der Partei, als sie von der Gründung der PUK erfuhren (Nuri 2018, 46). So nahm die DPK im November 1975 ihre politischen Aktivitäten wieder auf, während die erste militärische Operation der Partei laut Angaben von Masud Barzani im März 1976 stattfand (Barzani 2021, 17). Im November 1979 wurde ein Parteikongress organisiert, auf dem eine neue Führung bestimmt wurde. Zum Präsidenten wählte die Partei einstimmig Masud Barzani (ebd., 94). Es traten weitere kurdische Parteien auf die politische Bühne, weil sich beispielsweise Dr. Mahmud Othman³⁹ und

39 Dr. Mahmud Othman, der mittlerweile eine schlechte Beziehung zur DPK pflegte, weil er die Entscheidung von Mullah Mustafa kritisierte, den Kampf der Kurden für beendet zu erklären, wurde 1980 der Anführer der ‘Sozialistischen Bewegung Kurdistan’. Die Partei war 1976 ohne Beteiligung von Othman in Iran von einer linken politischen Gruppe um Ali Askari und Rasul Mamand gegründet worden (Qaradakhly 2014, 367). Sie bestand bis Anfang der 1990er Jahre und löste sich dann auf. Askari, der 1936 geboren wurde, kam bei einem Angriff der DPK gegen die PUK-Peschmerga im Jahr 1977 ums Leben. Mamand, 1944 geboren, starb 1994 in London.

Sami Abdulrahman⁴⁰ von der DPK abspalteten. Die wichtigsten Akteure blieben jedoch die DPK und die PUK. Sie nannten ihr Vorhaben *Shorshy Nwe* (‘neue Revolution’), wie es bei Talabani der Fall war, oder, wie bei der Barzani-Familie, *Shorshy Gulan*⁴¹. Die politische Forderung der verschiedenen Parteien blieb wie bisher die Gründung einer autonomen Region Kurdistan im Nordirak unter der Verwaltung der kurdischen oppositionellen Gruppierungen.

Die DPK und die PUK fingen allerdings früh damit an, einander zu bekämpfen – die Führungsriege dieser beiden Parteien konnten sich von der Zerstrittenheit der 1960er Jahre nicht lösen. Die medialen Angriffe im Jahr 1976 endeten in kriegesischen Auseinandersetzungen, die im Jahr 1977 zur Auslöschung grosser Teile der Kommandanten und Peschmerga-Einheiten der PUK führten; etwa 700 Peschmerga-Kämpfer der PUK wurden bei einem Angriff der DPK in der Region Hakari getötet (Nuri 2018, 48). Diese Gefechte dauerten bis Mitte der 1980er Jahre an und verursachten eine erhebliche Schwächung des kurdischen Aufstands gegen die irakische Regierung und den Tod von Tausenden Peschmerga-Kämpfern auf beiden Seiten. Zudem gab es Feindseligkeiten zwischen der PUK und den anderen Parteien, genauso wie zwischen der DPK und anderen Parteien und Gruppierungen. Zum ersten Mal in der Geschichte der kurdisch-nationalistischen Bewegungen aber bekämpften sich auch die Peschmerga-Einheiten der DPK und der DPK-I. Nach der iranischen Revolution im Jahr 1979 und dem Sturz des Schahs kämpften die Truppen der DPK ab dem Jahr 1980 an der Seite der iranischen Regierung gegen die kurdisch-iranischen Peschmerga-Verbände der DPK-I, die einige kurdische Städte in Iran unter ihre Kontrolle gebracht hatten (DPK-I 1981, 40 ff.). Auch zur Arbeiterpartei Kurdistan (PKK) aus der Türkei pflegte die DPK keine guten Beziehungen, weil die PKK-Kämpfer laut Masud Barzani ab 1985 die Peschmerga-Einheiten und die Einwohner in den von der DPK kontrollierten Gebieten provozierten (Barzani 2021, 357 ff.).

Auf diese Weise schwächten sich die kurdischen Gruppierungen in den 1980er Jahren gegenseitig und waren mehrheitlich mit sich selbst beschäftigt. Auch wenn die kurdischen Peschmerga-Truppen aus dem Irak verschiedene Operationen gegen das irakische Regime durchführten, waren

40 Muhamed Mahmud Shangaly, bekannt als Sami Abdulrahman, wurde 1933 geboren und kam 2001 bei einem terroristischen Anschlag in der Stadt Erbil ums Leben. 1980 gründete er mit weiteren früheren Mitgliedern der DPK die ‘Partei des Volkes’ (*Party Gal*), kehrte aber 1993 zur DPK zurück.

41 Gulan oder Banemar ist im kurdischen Kalender der zweite Monat des Jahres.

sie nicht in der Lage, kurdische Städte unter ihre Kontrolle zu bringen. Vielmehr kämpften sie an der Seite der iranischen Streitkräfte, die sich seit September 1980 im Krieg mit dem Irak befanden, weil Saddam Hussein, der mittlerweile Präsident des Irak geworden war, das Abkommen von Algier im September 1980 für ungültig erklärt hatte. Erst als sich der irakisch-iranische Krieg dem Ende zuneigte – offiziell wurde er im August 1988 für beendet erklärt –, einigten sich die Vertreter der verschiedenen kurdischen Gruppierungen aus dem Irak auf den Aufbau einer einheitlichen politischen Linie. So kam es am 30. Juli 1988 zur Bekanntgabe der *Baray Kurdistanî* (‘Front Kurdistans’), die sich aus den Vertretern aller bedeutenden politischen Parteien des irakischen Kurdistan zusammensetzte (Barzani 2021, 215 ff.). Das war ein wesentlicher Schritt, um sich auf die Kurdenfrage im Irak zu konzentrieren und nicht auf Konflikte untereinander.

Da sich jedoch die irakische Führung auf der internationalen Bühne nicht isoliert fühlte und die Golfstaaten als Kreditgeber und Verbündete hatte, gab es für den kurdischen Widerstand wenig Hoffnungen – abgesehen davon, dass er sich im Laufe der Zeit selbst erheblich schwächte. Die Baath-Partei trieb mittlerweile die Arabisierung der kurdischen Gebiete in den Provinzen Kirkuk, Mossul, Selahaddin und Diyala weiter voran und erkaufte sich die Loyalität der meisten kurdischen Stämme. Selbst Berichterstattungen über den kurdischen Kampf im Irak wurden immer seltener. Das war noch in den 1960er Jahren anders gewesen, weil die Kurden von Iran, Saudi-Arabien, den USA usw. als Druckmittel gegen die irakische Regierung eingesetzt worden waren. Erst nachdem Saddams Truppen die Stadt Halabja im Jahr 1988 mit Giftgas angriffen und ihre Säuberungskampagne gegen die kurdischen Gesellschaften und andere Minderheiten im gleichen Jahr intensivierten, begannen sich Akteure auf internationaler Ebene wieder vermehrt mit der Kurdenfrage im Irak zu beschäftigen. Die unter dem Namen ‘Anfal-Operation’⁴² laufenden und von 1987 bis 1989 andauernden Säuberungsmassnahmen des irakischen Regimes im Nordirak führten letztlich zur Zerstörung vieler kurdischer Ortschaften und je nach Quelle bis zu 150 000 oder 200 000 Toten in den Reihen der kurdischen Zivilbevölkerung (Bierling 2010, 15; Fürtig 2016, 136).⁴³

42 Anfal leitet sich von der achten Sure des Korans ab und bedeutet ‘Beute’. Diese Sure diente den Muslimen im Zuge der islamischen Expansion als Rechtfertigung für die Bekämpfung der Ungläubigen und die Verteilung der ‘Beute’.

43 Für detaillierte Informationen über die Abläufe der Anfal-Operation siehe Barzani (2021, 318 ff.).

So standen die unterschiedlichen kurdisch-nationalistischen Gruppierungen nach mehreren Dekaden des zivilen und militärischen Kampfes gegen die verschiedenen irakischen Regierungen Ende der 1980er Jahre ohne grossen Einfluss auf die Geschehnisse im Irak da. Erst als Saddam Hussein nach dem Irankrieg seine Position weiter radikalisierte, weil er enorme Summen in Wiederaufbauprojekte, Waffenprogramme und den Unterhalt der mit einer Million Soldaten viertgrössten Armee der Welt steckte, begann der Stern der kurdisch-oppositionellen Gruppierungen wieder zu steigen. Als der Ölpreis weiter sank, drängte der irakische Präsident die arabischen Staaten dazu, dem Irak die Schulden zu erlassen. Vor allem Kuwait, auf das der Irak seit jeher territoriale Ansprüche erhob und dem es zehn Milliarden US-Dollar schuldete, rückte in Saddams Fokus. So griffen Soldaten der irakischen Elitetruppe, der Republikanischen Garden, am 2. August 1990 Kuwait an und eroberten das Land binnen weniger Stunden (Fürting 2016, 136 ff.). Auf die Besatzung von Kuwait reagierte der UNO-Sicherheitsrat sofort. Er verurteilte die irakische Invasion mit seiner Resolution 660 vom 2. August 1990 und verlangte den sofortigen Rückzug der irakischen Truppen aus Kuwait. Als Saddam Hussein dieser Forderung nicht nachkam, griff der Sicherheitsrat am 6. August 1990 zum nächsten Mittel und verhängte mit der Resolution 661 ein totales Wirtschaftsembargo gegen den Irak, um ihn zum Rückzug seiner Truppen aus Kuwait zu zwingen. Weil weiterhin keine Reaktion aus Bagdad kam, verabschiedete der UNO-Sicherheitsrat am 29. November 1990 die Resolution 678, die die Anwendung «aller notwendigen Mittel» erlaubte, sollte der Irak das besetzte Land nicht bis zum 15. Januar 1991 räumen (Bierling 2010, 18–21).

Zwischen Januar und März 1991 vertrieben internationale Truppen unter der Führung der USA die irakischen Truppen aus Kuwait. Am 3. April 1991 nahm der UNO-Sicherheitsrat die Kapitulationserklärung des Irak als Resolution 687 unter Kapitel VII der UNO-Charta an. Damit wurde sie völkerrechtlich verbindlich. Der Irak war fortan kein völlig souveräner Staat mehr, sondern unterstand den Anweisungen des UNO-Sicherheitsrates (ebd., 23). Mit der Niederlage der irakischen Armee im Golfkrieg erhoben sich im Norden des Irak die Kurden und im Süden die schiitischen Araber gegen das irakische Regime. Dabei wähten sie sich auf der sicheren Seite – schliesslich hatte der amerikanische Präsident George Bush kurz zuvor die Völker des Irak zum Aufstand aufgerufen. Als die Proteste aber erbarmungslos niedergeschlagen wurden, entschieden sich die Alliierten dazu, dies als interne Angelegenheit Bagdads zu sehen und nicht im Irak zu intervenieren. Erst als es zu einem Exodus der Kurden in bisher nicht

gekanntem Ausmass kam und Hunderttausende in Richtung der iranischen und der türkischen Grenze flohen sowie in vielen Fällen unterwegs starben, reagierte die internationale Gemeinschaft. Nachdem der UNO-Sicherheitsrat Briefe von den Vertretern Frankreichs, Irans und der Türkei über die prekäre Lage der Menschen im Irak erhalten hatte, verabschiedete er am 5. April 1991 die Resolution 688 zum Schutz der irakischen und kurdischen Bevölkerung. Frankreich, Grossbritannien und die USA nutzten diese Resolution, um im gleichen Jahr zum Schutz der Kurden eine Flugverbotszone nördlich des 36. Breitengrades zu errichten.

Überraschend zogen sich die irakischen Truppen aus unbekanntem Gründen – womöglich um sich auf den Süd- und Mittelirak zu konzentrieren – im November 1991 aus den kurdischen Provinzen Erbil, Sulaimaniya und Dohuk zurück. In der Folge marschierten die Peschmerga-Einheiten der ‹Front Kurdistan› in diese Provinzen ein und gründeten eine autonome Region (Ala'Aldeen 2013, 53). Seitdem werden die drei Provinzen hauptsächlich von der DPK und der PUK verwaltet. So waren es am Ende, wie so oft in der modernen Geschichte des Irak, Fehleinschätzungen der irakischen Führung und die Bereitschaft der kurdischen Gruppierungen, auf spontane politische Richtungswechsel des Irak zu reagieren, die die Entstehung einer autonomen Region Kurdistan ermöglichten. Der kurdische Widerstand war niemals ganz gebrochen, auch wenn er von den Wunden, die ihm seit 1964 entstanden waren, nicht vollständig genesen war. Der nächste Abschnitt dieser Arbeit geht auf die Selbstverwaltung der Kurden ein und analysiert ihre Entwicklungen.

3.4 Die kurdische Selbstverwaltung zwischen 1992 und 2002

Ende 1991 und Anfang 1992 begannen jene kurdischen Kräfte, die sich bis anhin ausschliesslich in den kurdischen Bergen oder im Ausland befunden hatten, das Machtvakuum zu füllen, welches das irakische Regime hinterliess. Neu auf die politische Bühne traten sowohl gemässigt-islamistisch als auch radikal-islamistisch gesinnte politische Parteien. Die ersten Parlamentswahlen im irakischen Kurdistan fanden gemäss den Daten des Parlaments der ARK am 19. Mai 1992 statt (‘Mezhwy Halbzhardny Khwly Yekem’ 1992). Die Grundlagen für sie wurden seitens der ‹Front Kurdistan› erlassen. Sie legte unter anderem eine Sieben-Prozent-Hürde fest, was dazu führte, dass die meisten kleinen Parteien keine Chance hatten, ins Parlament zu kommen. Den Vorschlag hatten die kleinen Gruppierungen

jedoch akzeptiert, weil die DPK und die PUK versprochen hatten, Ende des Jahres 1992 eine zweite Parlamentswahl durchzuführen. Das nun gewählte Parlament werde nur vorläufig für einige Monate bestehen, so die Argumentation der beiden grossen Parteien im irakischen Kurdistan. Mit 45,5 Prozent der Stimmen gewann die DPK die Wahlen. Das Parlament bestand aus 100 Sitzen plus fünf Sitzen für die Minderheiten. Weil die PUK jedoch das Ergebnis der Wahlen ablehnte, obwohl alle Parteien zugesagt hatten, es zu akzeptieren, egal wie es ausgehen würde, bekamen die DPK und die PUK je 50 Sitze des Parlaments, um eine Eskalation der Lage zu vermeiden. Eine zweite Runde der Wahlen fand dann wegen der Spannungen nicht mehr statt.

Nach langen Verhandlungen kam am 4. Juli 1992 die erste kurdische Regierung im Irak mit der Beteiligung aller bedeutenden Parteien zustande (Ala'Aldeen 2013, 63). Den Posten des Regierungschefs erhielt die PUK, während der Parlamentspräsident aus den Reihen der DPK kam. Weil allerdings der Irak unter einem der strengsten Wirtschaftssanktionsregime stand, die je seitens der UNO verhängt wurden, sah sich die irakisch-kurdische Regierung enormen Problemen gegenüber – abgesehen davon, dass die Zentralregierung ein zusätzliches Embargo gegen die ARK verhängt hatte. Diese Embargos und Streitigkeiten zwischen der DPK und der PUK sowie zwischen diesen zwei Parteien und der PKK schmälerten die Freude der Kurden über ihre Selbstverwaltung im Irak. Insbesondere die PKK, die mit Leitsätzen wie der Gründung eines grossen, aus allen vier Teilen – Irak, Iran, Syrien und Türkei – bestehenden Kurdistan bei den jungen beschäftigungslosen kurdischen Männern an Beliebtheit gewann, stellte in den Augen der jungen kurdischen Verwaltung eine Gefahr für die ARK dar. So begannen die Peschmerga-Einheiten der DPK und der PUK im Namen der kurdischen Regierung Ende 1992 die PKK zu bekriegen und aus den kurdischen Städten des Irak zu verdrängen. Auch die türkische Regierung übte Druck auf die ARK dahingehend aus, dass die kurdische Region im Irak kein sicherer Hafen für die PKK werden dürfe.

Doch nicht nur der Kampf zwischen der PKK und der kurdischen Regierung, sondern auch Streitigkeiten innerhalb der PUK sowie das seit Jahren bestehende Misstrauen zwischen der DPK und der PUK stellten ein grosses Problem für die kurdische Selbstverwaltung im Irak dar. So hatte die erste Regierung nur acht Monate Bestand. Im März 1993 wurde eine neue Regierung gebildet. Das Erstarken der «Islamischen Bewegung in Kurdistan», die zum Teil eine radikal-dschihadistische Gruppe war, die von Iran und Saudi-Arabien Unterstützung erhielt, führte Mitte 1993 zu kriegerischen

Auseinandersetzungen zwischen dieser religiösen Gruppe und der links-säkularen PUK (Ala'Aldeen 2013, 75). Die Kämpfe mündeten im März 1994 in einer – für die ARK viel gefährlicheren – Konfrontation zwischen der DPK und der PUK. Dabei erhielt die PUK Unterstützung aus Iran, während die irakische Regierung und die Türkei der DPK halfen. Eine Wende in diesem innerkurdischen Kampf, der das Leben mehrerer Tausend junger Männer forderte, markierte der 31. August 1996: Der DPK gelang es, mit der militärischen Hilfe und Intervention der irakischen Zentralregierung zuerst Erbil, die Hauptstadt der kurdischen Region, und später alle anderen kurdischen Gebiete unter ihre Kontrolle bringen. Die Peschmerga-Kämpfer der PUK waren gezwungen, nach Iran zu fliehen. Nach nur zwei Monaten kehrten sie jedoch dank eines enormen militärischen Beistands Irans zurück und eroberten die ganze Provinz Sulaimaniya mit einem Teil der Provinz Erbil, während die Stadt Erbil unter der Kontrolle der DPK blieb. Seitdem ist die ARK in zwei Einflusszonen geteilt, in eine gelbe Zone unter der Kontrolle der DPK – gelb ist die Farbe dieser Partei – und eine grüne unter der Kontrolle der PUK (bei den Wahlen im Jahr 1992 wählte jede Partei in der ARK eine Farbe als Symbol für sich). Zudem richteten die DPK und die PUK bis 2005 eigene Regierungen in ihren jeweiligen Einflussphären ein.

Damit hatten innerkurdische Streitigkeiten erneut zu Krieg und Zerstörung im irakischen Kurdistan geführt. Nachdem bis 1990 mehrheitlich die verschiedenen irakischen Regierungen die Kurdengebiete bombardiert hatten, waren es ab 1992 kurdische Kämpfer, die sich gegenseitig töteten, folterten und ins Gefängnis steckten. Erst als die Amerikaner ihren Einfluss auf die kurdischen Gruppierungen geltend machten und direkt intervenierten, kam es Ende 1997 zu einer Waffenruhe. Washington arbeitete im Jahr 1998 ein Friedensabkommen aus, das von den Vertretern der DPK und der PUK akzeptiert wurde. So kam es am 17. September 1998 zum «Friedensabkommen von Washington», nachdem sich Jalal Talabani, Präsident der PUK, und Masud Barzani, Präsident der DPK, mit dem Inhalt des Abkommens einverstanden erklärt hatten (Rashid 2017a, 267–268). Die wichtigsten Punkte der Übereinkunft lauteten wie folgt: Die kurdischen Städte werden für alle Kurden zugänglich⁴⁴; die Regierungen und Verwaltungen werden

44 Bis 1998 durften sich die Anhänger der PUK nicht in Erbil und Dohuk und die Anhänger der DPK nicht in Sulaimaniya aufhalten. So leben bis heute Tausende von Familien in Erbil und Dohuk, weil sie Mitglieder der DPK sind und nicht mehr in ihre ursprünglichen Wohngebiete zurückkehren wollen. Das gilt auch für die

vereinheitlicht; beide Parteien akzeptieren die Resultate einer möglichen Wahl, und finanzielle Mittel werden fair verteilt (ebd., 268). Die Annahme des Abkommens war die Bedingung der USA für die Unterstützung der beiden kurdischen Parteien (ebd.). Damit endete der vier Jahre anhaltende Krieg der 1990er Jahre zwischen der DPK und der PUK. Für die Kurdenregion war entscheidend, dass die USA sich für sie interessierten und einsetzten. Ob die Amerikaner sich bereits Ende der 1990er Jahre auf einen Krieg im Irak vorbereiteten und Verbündete innerhalb des Landes dafür benötigten, lässt sich nicht abschliessend klären. Das zunehmende Interesse an der Kurdenfrage im Irak könnte jedoch dafür sprechen.

Nach dem Washingtoner Abkommen trafen sich alle Mitglieder des kurdischen Parlaments – zum ersten Mal seit 1994 – am 15. Oktober 2002 an ihrem Hauptsitz in Erbil und reaktivierten die Volksvertretung (Ala'Aldeen 2013, 103). Damit begann der erste Schritt zur Wiedervereinigung der kurdischen Verwaltung. Das 20. Jahrhundert war für die Kurden im Irak allerdings nicht glorreich verlaufen, brachte es doch nicht nur Zerstörungen im irakischen Kurdistan mit sich, sondern spaltete auch die kurdischen Bewegungen und die kurdische Gesellschaft. Zudem konnten sich die verschiedenen kurdischen Parteien, Vereine, Organisationen und Stämme während des gesamten 20. Jahrhunderts nicht auf ein gemeinsames Konzept und Programm einigen. Dementsprechend kam der Nationbildungsprozess kaum in Gang. Das dürfte sich allerdings im 21. Jahrhundert ändern. Im nächsten Kapitel wird auf die Neuordnung im Irak und auf mögliche Bemühungen der kurdischen Fraktionen um ein Nation-Building in der ARK eingegangen.

PUK-Angehörigen, die ihre Wohngebiete in Erbil und Dohuk verlassen haben und bis heute nicht zurückgekehrt sind.

